

## ALLES SCHWARZ auf WEIß zum B2-Staatstunnel

Wahre Informationen • Zeitungsberichte • Leserbriefe

### LESERBRIEFE

#### Der Starnberger Boden ist dafür nicht gut geeignet

Unser Bericht über die geplante Senioren-Wohnanlage an der Himbselstraße („Grundwasser verzögert Baustelle“) vom 20. Dezember

Wieder einmal wird uns Starnbergern vor Augen geführt, dass der Starnberger Boden für Bauprojekte in die Tiefe nicht gut geeignet ist. War schließlich alles mal See. Bei den Seearkaden hat man das Trauerspiel miterlebt. Dort können heute nicht alle Stellplätze benützt werden, weil Undichtigkeiten vorhanden sind. Man kann sich vorstellen, was wir Starnberger noch alles erleben werden, wenn der Tunnelbohrer auf den Weg geschickt wird. Man muss schon ein Träumer sein, dass das keine Probleme aufwirft. Bergmannsheil.

Andreas Lintl  
Starnberg

Quelle:  
Starnberger Merkur  
Dezember 2017



„Nur 100 Meter von dem geplanten Tunnelportal Nord säuft die Starnberger Wohnungsbaugenossenschaft leider bereits ab“

Zeitungsberichte

gezielte  
politische  
Beeinflussung

## Gefälschte Leserbriefe Stimmungsmache und Angriff auf die Demokratie

Bürgerbegehren

Abgelehnt!

Angst vor dem  
Ergebnis???

## WARUM? Starnberger Wahrheit zum B2-Staatstunnel?

...weil die Starnberger SZ schon jahrelang, besonders durch Herrn Redakteur Peter Haacke, von objektiver, überparteilicher, neutraler Berichterstattung weit entfernt ist. Der sprichwörtliche „rote Faden“ ist Stimmungsmache für den Tunnelbau und gegen Bürgermeisterin Eva John!...

...weil seit der Ablösung des Chefredakteurs des Starnberger Merkurs, Herrn Müller-Wendtland, die jahrzehntelange informative, neutrale und überparteiliche Berichterstattung aufgegeben wurde! Ab Juni 2016 d.h. sofort nach Antritt des neuen Redaktionsleiters, Herrn Peter Schiebel, hat die rigorose Zensurierung und Nichtveröffentlichung von Leserbriefen zum Thema „pro Umfahrung - contra Amtstunnel“ und die verunglimpfenden Berichterstattungen gegenüber Bürgermeisterin Eva John begonnen.

... und weil in dem - pro Tunnel und Anti-Bürgermeisterin John-Hetzblatt - dem sogenannten „Starnberger Bote“ die Berichterstattung durch seinen leitenden Redakteur des Herrn Peter Riemann immer unerträglich geworden ist! Diese Berichterstattung hat mit Journalismus nicht das Geringste zu tun! Dass dieses Hetzblatt im Landratsamt aufliegt und Herr Landrat Roth dazu meint, dass dies Pressefreiheit sei, erübrigt jeglichen Kommentar! Die gesteuerte Verbreitung von Un- und Halbwahrheiten in der Starnberger Presse ist ja inzwischen hinlänglich bekannt! Wie sonst könnten allein 2017 8 Phantom-Leserbriefe d.h. von Bürgern die es in Starnberg nicht gibt im MM und in der SZ veröffentlicht werden? Desweiteren werden von Herrn Riemann abwechselnd im Merkur und in der SZ seine Anti John Hetz- und pro-Tunnel-Leserbriefe veröffentlicht! Diese Bürger - bzw. - Leser- Verdummung schreit zum Himmel und hat mit Pressefreiheit wirklich rein gar nichts zu tun! Vielleicht sollten die Inserenten im „Starnberger Bote“ mal überprüfen, wen und was sie mit ihren Anzeigen finanzieren!

### Aus für B 2-Tunnel

#### Klare Mehrheit für Befürworter der Umfahrung

Starnberg – Erst mit Auszählung der letzten Stimmbezirke der Starnberger Stadtratswahl am Sonntag gab es eine klare Mehrheit – für die Befürworter einer Umfahrung. Hatte es lange nach einem Patt der Tunnel-Befürworter und dessen Gegnern ausgesehen, so kippte das Ergebnis gegen Mitternacht zugunsten der Gegner. Sie haben nun 16 von 30 Stadträten auf ihrer Seite – plus Bürgermeisterin Eva John.

Ein Ergebnis, das Folgen hat: „Keinen Hoffnungs-

schimmer“ gebe es mehr für den B 2-Tunnel, der auf rund zwei Kilometer unter Starnberg hindurchführen soll und geschätzt bis zu 200 Millionen Euro kosten würde, erklärte Dr. Jürgen Busse, Mitglied der UWG und Vorsitzender eines Pro-Tunnel-Vereins. Wie er sehen es praktisch alle Starnberger Politiker. Genehmigt ist die Röhre, doch hat der Bund das Geld bisher nicht bereitgestellt. Gegen Widerstand der Bevölkerung jedoch, so viel ist klar, will der Bund nicht bauen. ir/Vike

Quelle: Starnberger Merkur 20. April 2015

### In einer Demokratie sollten die Stimmen zählen!

Das nebenstehende Wiederholungswahlergebnis nicht anzuerkennen ist mehr als **100% Bürgerwillenmissachtung!**

Dies gab's noch nie in der 99jährigen Demokratie im Freistaat Bayern!

Mit der Stadtratssitzung vom 20.02.2017 wurde der Bürgerwille um 180 Grad gedreht und die danach erfolgten Aussagen zeigen deutlich, was die Leitfiguren der Starnberger CSU von Bürgerstimmen halten!

Stefan Frey, Ministerialrat im Bayerischen Innenministerium und Ortsvorsitzender der **CSU** in Starnberg, spricht im MM von einem „kleinen Wunder im Februar“ und Stefanie von Winning, die CSU Kreisvorsitzende, wird im Merkur wie folgt zitiert:

„Dass es zu der 19:12 Entscheidung überhaupt gekommen ist, sei „ein kommunalpolitisches Meisterstück“ gewesen!“

Gute Nacht CSU; mit Demokratie hat das nichts zu tun!



Manchmal ist das mit der Wahrheit ganz schön verwirrend. Was einem zunächst offensichtlich als richtig erscheint, kann sich nach genauer Betrachtung als falsch herausstellen und was einem zunächst falsch erschien, ist dann doch richtig. Eine Aussage die vor einiger Zeit noch zutreffend war, kann sich aktuell als völlig unsinnig herausstellen. Darum muss jeder für sich selbst alle Fakten aufmerksam prüfen um „Seine WAHRHEIT“ zu finden.

(Schreiben an den Starnberger Merkur)



Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Familie ist in 3. Generation Abonnent des Starnberger Merkur. Das möchten wir jetzt schnellstmöglich beenden.

In der Ausgabe vom 1. Februar würdigte Chefredakteur Georg Anastasiadis Ihren Verleger Dirk Ippen für seine 50jährige Tätigkeit. Dort war zu lesen: „Kaum einem Jungredakteur vergisst der Unternehmenspatriarch bis heute einzublauen, dass Distanz zu den Mächtigen die Seele der Zeitung sei. Denn deren Liebe dürfe nur einem gelten: dem Leser.“ In Starnberg scheint Herr Ippens Botschaft nicht angekommen zu sein. Zumindest nicht, was die Berichterstattung über die Stadt Starnberg angeht. „Distanz zu den Mächtigen“ bedeutet schließlich nicht, bestimmte politische Gruppierungen sowie die Erste Bürgermeisterin in fast jedem Bericht in ein möglichst schlechtes Licht zu setzen. Stattdessen jeden „Pieps“ der Gegenseite groß und natürlich als „das Gelbe vom Ei“ herauszubringen. „Distanz zu den Mächtigen“ würde nach unserem Verständnis bedeuten, das gesamte Geschehen in der Stadt aus der Distanz des unbeteiligten Beobachters heraus so zu schildern, wie es sich tatsächlich dargestellt hat. Bei vielen Ereignissen sind wir hautnah dabei, haben aber am nächsten Morgen angesichts der Art der Berichterstattung, insbesondere der Ihres Herrn Chefredakteurs Peter Schiebel, meist das Gefühl, selbst auf einer deutlich anders verlaufenen Veranstaltung gewesen zu sein.

## Irgendwann reichts !



Sehr geehrte Damen und Herren,

(Schreiben an den Starnberger Merkur)  
19.02.2017 - Kündigung / Kundennummer 1207047

mein über vierzigjähriges Abonnement kündige ich hiermit fristlos! Die Berichterstattung des Münchner Merkur, bzw. Starnberger Merkur hat durch den neuen Redaktionsleiter Herrn Peter Schiebel seine bisherige Neutralität und Überparteilichkeit verloren! Herr Schiebel diskreditiert unsere Bürgermeisterin Eva John ständig mit gezielter negativer Berichterstattung. Fairer Journalismus sieht anders aus! Leserbriefe, vor allem zum Thema Tunnel und Umfahrung werden um wichtige Passagen gekürzt oder oft nicht veröffentlicht. Dass eine derart manipulierte Berichterstattung im Starnberger Merkur möglich ist, übersteigt mein Demokratieverständnis!

Mit freundlichen Grüßen  
Willi Illguth



In der Kündigung eines langjährigen Merkur-Lesers an den Herausgeber des MM, Herrn Dirk Ippen persönlich heißt es u.a. „Seit dem kürzlich erfolgten Wechsel des Starnberger Chefredakteuriats vermisse ich die gebotene Überparteilichkeit. Im Gegenteil verspüre ich - bzw. werden mir zugetragen - Zensur oder gar Boykott auch etwa von Leserbriefen wohl geleitet durch Parteinahme, die ich als Einschränkung der bisher geschätzten Informationsbandbreite Ihrer Zeitung nicht gut heißen kann“. Per E-Mail vom 21.10.2016 kündigte Herr Ippen für Januar 2017 ein gemeinsames Treffen in Starnberg an. **Leider hat sich Herr Ippen bis dato nicht mehr gemeldet!**

Es stellt sich uns die Frage: Ist der Starnberger Merkur noch seriöse Heimatzeitung oder schon Boulevard-Blatt? Schwere Unfälle, andere Unglücke, Streit und „Skandale“, die oft genug erst durch die Wortwahl des Redakteurs dazu gemacht wurden, werden groß aufgemacht. Es lässt sich nachverfolgen, dass die Redaktion auch bei der politischen Berichterstattung über Starnberg stets auf der Suche nach Themen ist, die sich dank nach Sensation heischenden Überschriften in den Fokus des Lesers drängen sollen. In den Vordergrund wird die oft menschlich unterirdische Auseinandersetzung zwischen einzelnen Stadträten und der Bürgermeisterin oder von Stadträten untereinander gestellt, ohne dass die Sache, um die es geht, überhaupt, geschweige denn ausreichend beleuchtet wird. Seit Herrn Schiebels Amtsantritt verzichtet der Starnberger Merkur auf Hintergrundberichte sowie auf das Aufzeigen und Erklären von Entwicklungen. Früher war das das Markenzeichen Ihrer Zeitung. Offenbar zählt nur noch die schnelle, ohne großen Aufwand zu recherchierende Meldung. Wichtige Informationen werden dem Leser vorenthalten, wenn sie nicht in das Bild passen, das zu zeichnen man beabsichtigt. Begriffe werden in falsche Zusammenhänge gestellt. Warum zum Beispiel sollte eine Live-Übertragung aus der Stadtratssitzung per Internet Fakten transparenter machen? Nur weil man zuschauen kann, wie die Akteure im Rat wieder einmal die Fakten möglichst dick vernebeln? Stadträte dürfen das. Aber Aufgabe der Zeitung wäre es nach unserem Verständnis, die Fakten zu ermitteln und sie für die Leser verständlich, somit das Stadtratsgeschehen transparenter zu machen. Entwicklungen in der Sache und Entscheidungen darüber mehr in den Vordergrund zu stellen als den Streit, der bei genauer Betrachtung ohnehin von bestimmten Gruppierungen nur inszeniert wird, um daraus politisches Kapital zu schlagen - Eine solche, „andere“ Berichterstattung wäre nach unserem Verständnis „Dem Leser Liebe angedeihen lassen.“ Dazu hätte auch gehört, dass Herr Schiebel in Bericht und Kommentar über den Beschluss zum Livestream nicht nur sein Unverständnis über die ablehnenden Stimmen äußert, sondern zugleich deutlich macht, dass selbstverständlich auch jedem Stadtrat Persönlichkeitsrechte an seinem Wort und Bild zustehen, und er oder sie sich eben nicht dafür entschuldigen müssen, wenn sie beides der Internet-Gesellschaft nicht zum genüsslichen Zerfleischen zur Verfügung stellen wollen. Herr Schiebel kennt doch die Social-Media-Gruppen und ihr Wirken in Starnberg sehr genau. Wir haben das Gefühl, dass unter seiner Verantwortung deren Meinung über den Merkur längst wichtiger geworden ist als die Meinung der „normalen“ Starnberger Bürger über seine Zeitung. Wo sind der Respekt und die Wertschätzung gegenüber deren Anliegen? Ich erinnere an Berichterstattungen über die Ideenwerkstatt (nonconform), die Tätigkeit von Bürgervereinen und -initiativen, deren Wert der Chefredakteur schon durch die Wahl der Worte gern danach feststellt, ob sie die politische Mehrheitsmeinung im Stadtrat oder die dortige Minderheit unterstützen. Ist es Liebe zum Leser, wenn bestimmte politische Gruppierungen nach Ortsversammlungen einen eigenen Text bei der Redaktion abliefern und dieser dann gedruckt wird? Ist es wirklich verantwortungsvoller Journalismus, wenn Vorwürfe gegen die Bürgermeisterin, die längst entkräftet wurden, immer wieder im Rückblick erscheinen?

## Wie „in eigener Sache“ endete . . .



Am 3. Januar hat „Lokales aus Starnberg“ unter der Überschrift „In eigener Sache“ mein Schreiben an die Leitung der Redaktion der „Starnberger Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht. Unter „Heimatpolitik im weltweiten Netz“ hatte deren Autor Peter Haacke auf der ersten Seite der Landkreisausgabe Starnberg vom 3. Januar dieses Jahres über Internet-Blogs berichtet, die zum Geschehen im Starnberger Stadtrat informieren. Mir ging es damals nicht nur um Fehler im Artikel, sondern zudem um die damit verbreitete persönliche Beurteilung meines Blogs und meiner Arbeit, zum einen durch den Verfasser des Artikels selbst. Nach meiner Auslegung journalistischer Grundsätze steht ihm das außerhalb eines deutlich als solchen gekennzeichneten „Kommentars“ nicht zu. Zum anderen durch die Weitergabe von Unterstellungen angeblicher „Kritiker“ meiner Arbeit, ohne dass er Ross und Reiter benannte. Das Fazit, mit dem Herr Haacke seinen Artikel schloss, muss nach meiner Auffassung über Journalismus genauso für die lokale Süddeutsche Zeitung gelten: „Es gibt diverse Möglichkeiten, sich (per Internet) über Kommunalpolitik zu informieren. Allerdings ist dabei stets zu beachten, ob die jeweilige Quelle auch vertrauenswürdig ist, Fakten real und nachprüfbar sind, und welche Interessen die jeweils Verantwortlichen haben.“

Auf mein Schreiben folgte diese Reaktion: Nicht auf Seite 1, auf der Herr Haacke meine journalistische Tätigkeit am 3. Januar als etwas in der Vergangenheit Liegendes bezeichnet hatte, sondern auf der Seite 2, „Kultur im Landkreis“, Ausgabe vom 16. Januar 2018, in der rechten Spalte – ganz unten am Ende der Seite nach diversen Kulturmeldungen – erschienen sechs im Layout reduzierte Zeilen unter der Überschrift „Korrektur“. Wiederum ohne Angabe der korrekten Blog-Adresse. Es wurde dort lediglich mitgeteilt, ich sei „nach eigenem Bekunden“ weiterhin als Journalistin tätig. Die Redaktion „München Region Bayern“ ließ mich wissen, in der Online-Ausgabe sei diese Korrektur ebenfalls vorgenommen worden. Das ist richtig. Ansonsten aber blieb alles so stehen. Im Schreiben der Redaktion heißt es weiter: „Im Übrigen sehen wir in unserer Berichterstattung keinerlei Verstöße gegen presserechtliche und presseethische Richtlinien.“

**Kommentar „in eigener Sache“:**  
Seit 1972 war mir die SZ fast täglicher Begleiter, also ein langjähriger Freund. Bis dieser sich vor einigen Jahren zu verändern begann, zumindest auf lokaler Ebene. Manchmal erlebt man so etwas. Freunde verändern sich. Zuerst sucht man noch nach Gründen, die dieses geänderte Verhalten entschuldigen könnten. Dann wächst das Unverständnis. Wenn der ehemalige Freund aber plötzlich und unvermittelt, ohne erkennbaren Grund auch noch „zuschlägt“ versteht man die Welt nicht mehr. Erwartet zumindest eine Rücknahme des Gesagten und eine Entschuldigung. Weder das eine noch das andere bekam er auf die Reihe. So blieb am Ende nur die Trennung. Deshalb nun „Bye-bye SZ!“

Diese und weitere interessante Artikel finden Sie im Blog von **Barbara Irlbauer**, den wir nur allen empfehlen können, die sich über „Lokales aus Starnberg, – Nachrichten aus Starnberg – Politik und Stadtentwicklung informieren wollen.

**Quelle: <https://lokales-aus-starnberg.blog>**

## „Wir geben Starnberg die Demokratie zurück!“



Und auch das gibt's in Starnberg: couragierte und engagierte Bürger mit Liebe zur Heimat Starnberg und der Demokratie haben unmittelbar nach dem falschen - da dem Bürgerwillen entgegenlaufenden - Stadtratsbeschluss zum Bau des Tunnels den Verein „Starnberg bleibt oben e.V.“ ins Leben gerufen, um im Rahmen eines Bürgerentscheids allen Starnbergern die Möglichkeit einzuräumen, ihre Stimme zu diesem zentralen Bauvorhaben abzugeben.

Das Motto des Vereins lautet deswegen passenderweise „wir geben Starnberg die Demokratie zurück!“. Da dieses Demokratieverständnis von weiten Teilen des Starnberger Stadtrates nicht geteilt wird, wurde das in kürzester Zeit erfolgreiche Bürgerbegehren nicht zum Bürgerentscheid zugelassen. Aus diesem Grund liegt die Entscheidung über die Zulassung derzeit bei Verwaltungsgericht München, dessen Urteil ab dem 7. März 2018 erwartet wird.

Alle Informationen finden Sie auf der offiziellen Website dieses als gemeinnützig anerkannten Vereins unter **[www.keintunnel.de](http://www.keintunnel.de)**

Nach unserer Auffassung hat eine Heimatzeitung eine große Verantwortung für den sozialen Frieden am Ort. Wir glauben: Dieser Verantwortung wird der Starnberger Merkur nicht mehr gerecht. Weder können sich alle gesellschaftlichen Gruppen noch alle politischen Richtungen hier ausreichend dargestellt, geschweige denn respektiert oder wertgeschätzt fühlen. Der demokratische Diskurs, der auch über die Zeitung transportiert wird, muss mit sauber formulierten Begriffen dargestellt werden. Nur so wird dem Leser Vielfalt präsentiert, und er hat dann die Wahl der Entscheidung. In der Berichterstattung Ihrer Zeitung aber steht die Sache, um die es geht, schon lange nicht mehr im Vordergrund. Ihr ist es wichtiger, über die Anwürfe von Stadträten gegen die Bürgermeisterin oder untereinander zu berichten. Der Starnberger Merkur macht sich ohne Not zum Teil eines der hier agierenden politischen Systeme, das von Anfang an nur ein Ziel hat: Verhindern, dass diese Bürgermeisterin für eine weitere Amtsperiode gewählt werden könnte. In meinem großen Bekanntenkreis ist das, was ich hier geschildert habe, längst Gespräch, und wird auch weiterhin kommuniziert. Wir haben die Hoffnung auf Besserung längst aufgegeben und können Sie auch nicht zu anderem Handeln bewegen. Aber wir müssen das, was wir für falsch und schädlich für diese Stadt halten, nicht länger finanziell unterstützen. Deshalb möchten wir ab sofort keine Lieferung Ihrer Zeitung mehr. Um schriftliche Bestätigung dieser Abo-Kündigung wird gebeten.

Mit freundlichem Gruß  
Josef Pfister

14. Februar 2018



# Fühlen Sie sich betrogen, wenn Sie . . .



1. Einen Kandidaten gegen den Tunnel gewählt haben und dieser stimmt dann für den Tunnel?
2. Einen Kandidaten zur Zusammenarbeit mit der von Ihnen gewählten Bürgermeisterin gewählt haben und dieser arbeitet dann gegen die von Ihnen gewählte Bürgermeisterin?
3. Einen Kandidaten zur Herbeiführung einer politischen Wende in Starnberg gewählt haben und dieser arbeitet dann mit dem politischen Gegner zusammen?
4. Einen Kandidaten für eine Politik nach demokratischen Spielregeln gewählt haben und dieser spielt dann „Demokratie neu denken“?
5. Einen Kandidaten für eine Umfahrungsplanung ohne vorherigen Tunnelbau gewählt haben und dieser stimmt dann für eine Umfahrungsplanung mit vorherigem Tunnelbau?

**Wenn Sie diese Fragen mit Ja beantworten,  
dann stimmen Sie bitte beim kommenden Bürgerentscheid mit Ja;  
bei der Landtagswahl 2018 gegen die Tunnelbefürworter CSU, SPD und Bündnis /Die Grünen.**

## Starnberger Bürgerinitiative „Pro Umfahrung - Contra Amtstunnel“ e.V.



BI Pro Umfahrung-Contra Amtstunnel – c/o Dr. Klaus Huber -Shockinginger Str. 15 - 82319 Starnberg

### Presseerklärung

der BI zum Jahrestag des fragwürdigen Doppelbeschlusses des Stadtrats vom 20. Februar 2017  
„Tunnel bauen und ortsferne Umfahrung planen“

Vor einem Jahr hat die BI begrüßt, dass sich der Stadtrat am 20. Februar 2017 einstimmig zur Notwendigkeit einer Nordumfahrung bekannt hat. Weiterhin wurde begrüßt, dass zur Planung dieses Projekts 500.000 € in den Haushaltsplan 2017 eingestellt wurden. Der Beschluss, gleichzeitig den Tunnel zu bauen, ist ein widersinniges Junktim: Der Bau des B2-Tunnels ist keine Voraussetzung für die Planung einer ortsfernen Umfahrung, aber für deren Bau ein absoluter Hinderungsgrund.

Die Haltung der BI zum Thema Umfahrung ist klar: Nach dem umfassenden Verkehrskonzept von Prof. Kirchhoff, Stadt- und Verkehrsplaner der TUM i.R., teilt sich die Nordumfahrung westlich von Gut Rieden in einen ortsfernen Ast zur A95 und einen ortsnahen Ast zum Starnberger Gewerbegebiet. Die beiden Äste einer Nordostumfahrung ergänzen sich. Sie müssen bzw. können aber praktisch kaum gleichzeitig geplant und realisiert werden. Nun sind die Mehrheitsverhältnisse so, wie sie sind, und der ortsferne Ast zur A95 bei Oberdill wird zuerst verfolgt.

Ohne Frage vertritt die BI die ortsferne Nordumfahrung. Die Lage der Hochbrücke über das Mühlthal ist ein Zwangspunkt ebenso wie die Anschlussstelle an die Autobahn A95 bei Oberdill. Hier herrscht Einigkeit. Optimal wäre die Fortführung der Nordumfahrung in Richtung B11, da Hohenschäftlarn ebenfalls eine Nordumfahrung für die Staatsstraße St 2071 plant, die derzeit eine Ortsdurchfahrt mit großer Verkehrsbelastung darstellt. Die Varianten einer Nordumfahrung unterscheiden sich jedoch zwischen Mühlthal und Waldkreuzung wesentlich, wenn sie außer Starnberger Gemeindegebiet auch das von Gauting durchschneiden. Der Verlauf über fremdes Gemeindegebiet verlangt zwingend ein Raumordnungsverfahren durch die Regierung von Oberbayern. Die Verfahrensschritte und zu liefernden Ausarbeitungen sind in Merkblättern ausführlich dargelegt. Dazu müssten Fachplaner für Verkehr, Straßenbau und Umweltverträglichkeit vom Stadtrat beantragt bzw. beauftragt werden. Die BI sieht keinen Hinderungsgrund, die notwendigen Unterlagen für ein Raumordnungsverfahren zu erarbeiten.

Doch seit einem Jahr fehlen gerade dazu die notwendigen Beschlüsse der neuen Mehrheit im Stadtrat. Stattdessen freut man sich, durch Chaos den Stillstand zu provozieren, um anschließend die Erste Bürgermeisterin wegen Untätigkeit zu verklagen. Der zweite Bürgermeister, Dr. Klaus Rieskamp, einst Gründungsmitglied der BI, persönlicher Kläger im Prozess der BI gegen den B2-Tunnel und Gestalter der Plakats der 30 Tunnelbaustellen zeichnet sich als Handlanger der Tunnelfreunde im Rat durch eklatanten Sinneswandel und Streitsucht aus. Im Gegensatz zu den weiteren Umfallern Johannes Bötsch, Angelika Kammerl, Sigi Loesti und Angelika Wahmke, welche den B2-Tunnel ebenfalls nach einer Gehirnwäsche begrüßen, müsste Dr. Rieskamp eigentlich wissen, was für einen Schaden er anrichtet. Denn mit dem Bau des B2-Innenstadttunnels gehen die Chancen für eine ortsferne Ergänzung der Westumfahrung gegen Null.

Die Ablehnung des Bürgerbegehrens durch die „Allianz des Stillstands“ hat genau das Gegenteil einer Befriedung bewirkt, die der Ortsvorsitzende der CSU vollmundig herbeireden wollte. Landauf, landab werden Verkehrsprojekte über Bürgerentscheide gelöst, nur in Starnberg soll das nicht möglich sein. Seit Jahren dominieren Stadträte den Rat mit fragwürdiger Juristerei. So wird die jämmerliche Ablehnung des Bürgerentscheids „Kein Tunnel in Starnberg“ am Mittwoch, den 7. März beim Verwaltungsgericht verhandelt. Die Aussichten der BI sind nicht schlecht.

Starnberg, den 19. Februar 2018

gez. Georg Stahl  
(BI-Pressesprecher)



Vorsitzender:	Dr. Klaus Huber	Homepage:	www.pro-umfahrung.de
Vorsitzender stellv.:	Dr. Helmut Hebeisen	E-Mail:	info@pro-umfahrung.de
Schifführer:	Georg Stahl	Vereinsregister:	München VR 71385
Schatzmeister:	Carl-Peter Altwickler		
Anschrift:	BI Pro Umfahrung - Contra Amtstunnel e.V., 82319 Starnberg, Söckingerstr. 15		
Spendenkonto:	299 72 66, VR Bank Starnberg (BLZ 700 932 00) - IBAN DE64 7009 3200 0002 9972 66		

10 gefälschte Leserbriefe

Bereits im Juni 2016 wurde ein Leserbrief einer „Phantom-Person“ im Kreisboten Starnberg veröffentlicht.

(Siehe Artikel links oben „Der Stil ist haarsträubend“).

Es ist zu vermuten, dass das alles von langer Hand geplant wurde. In diesem Fall mit dem Ergebnis, dass die Schaukästen in der Wittelsbacher Straße gekündigt wurden, mit der Begründung der Renovierung, was allerdings bis heute nicht geschah! In der Zeit von Januar 2017 bis November 2017 wurden im Starnberger Merkur und in der Süddeutschen Zeitung insgesamt mindestens neun gefälschte Leserbriefe veröffentlicht.

Dass in diesen Leserbriefen genau wie in der Berichterstattung der beiden Medien grundsätzlich die Bürgermeisterin diffamiert und pro Tunnel berichtet wird, muss nicht weiter erwähnt werden!

Journalismus ohne neutrale Berichterstattung ist nicht demokratisch. Die Zeit, als es hieß: „...in der Zeitung steht es schwarz auf weiß, das ist die Wahrheit“ ist in Starnberg vorbei!

Leserbrief

»Der Stil ist haarsträubend«

Zu: Leserbrief „Schizophrener geht's nicht! her mit der Klausur“ im Kreisboten vom 15. Juni.

„Der Stil“, in dem Herr Illguth über die Fraktionsgründung von Frau Kammerl und Frau Lösti herzieht, ist haarsträubend. Ein solcher Stil aus der Feder eines gewählten Seniorenberaters ist nicht akzeptabel. Denselben schlechten Stil von Herrn Illguth findet man auch in den Schaukästen der WPS wieder. Neben der entglittenen Wortwahl und den nicht korrekten Inhalten weiß ich nicht, ob es nicht als noch schlimmer anzusehen ist, dass Herr Illguth die demokratischen Grundregeln in unserem Land wohl nicht kennt. Aber das Ignorieren dieser Vorschriften scheint ja momentan auch bei Frau John in Mode zu sein. Tatsache ist jedenfalls, dass man Stadträte eben wegen ihrer Persönlichkeit wählt und nicht wegen eines Listenplatzes. Sonst könnte man ja einfach 1, 2 oder 3 wählen. Stadträte sind Gott sei Dank frei in ihrer Meinung und

die Bildung einer eigenen Fraktion ist nicht verboten. Ich finde es nachdenkenswert, warum Herr Illguth beim Übertritt von Herrn Rieskamp zur BLS damals nicht einen ähnlichen Kommentar geschrieben hat. Was befürchtet er von den Damen Kammerl und Loesti? Ich werde langsam den Verdacht nicht los, dass wir Wähler benutzt wurden, um den Tunnel zu verhindern, wir aber eine Umfahrung tatsächlich nicht verwirklichen können. Vielleicht haben das Frau Kammerl und Frau Loesti auch verstanden? Anders kann ich mir den Leserbrief von Herrn Illguth nicht erklären.“

Gerhard März  
Starnberg

1

wer ist das?

Quelle: Kreisbote Starnberg Juni 2016

Antwort auf den Leserbrief einer (leider) nicht existierenden Person!

Leserbrief

Demokratische Grundregeln

Zu: Leserbrief „Der Stil ist haarsträubend“ im Kreisboten Starnberg vom 22. Juni 2016

Herr März meint, meine Aussagen zum WPS-Austritt und der Fraktionsgründung der Damen Kammerl und Loesti seien haarsträubend. Deshalb bezichtigt er mich der Unkenntnis der demokratischen Grundregeln in unserem Land! Mehr als haarsträubend ist, dass Herr März „von unserem Land“ schreibt, dies zeugt von einem Erzkonservativen, bar jeglichem Demokratieverständnisses! Ein anderer Tunnelbefürworter und Umfahrungsgegner, langjähriges ehemaliges CSU-Stadtratsmitglied mit gleicher Geisteshaltung stellte mir wortwörtlich die Frage „wann ziehen sie wieder weg von Starnberg?“, „Sehen so die demokratischen Grundregeln aus, welche ich angeblich nicht kenne? Inzwischen lebe ich über 52 Jahre in Starnberg und fühle mich sehr wohl hier! Mein Ziel ist nach wie vor, mich in Zeiten des Klimawandels und der Energieeinsparprogramme der Folgegeneration wegen gegen den Stadtselbsterstörungs- und Energieverschwendungstunnel zu engagieren!

schlimm anzusehen! Klar, aus der Sicht eines Tunnelbefürworters und Umfahrungsgegners mag das zutreffen, doch es ist die Wahrheit! Nachdem Herr März glaubt, mich als Seniorenbeirat verunglimpfen zu können, empfehle ich ihm, eine Sitzung des Beirates zu besuchen, dort kann er lernen was Demokratie heißt! Trotz bekanntlich verschiedenster Meinungen zum B2-Tunnel des siebenköpfigen ehrenamtlichen Seniorenbeirates, war dies unter Leitung des 1. Vorsitzenden Prof. Dr. Steck noch nie Thema, obwohl die Barrierefreiheit nicht gegeben ist, für die der Beirat sich sonst einsetzt! Dem Seniorenbeirat geht es ausschließlich um die Belange der Senioren! Der Bürgermeisterin wirft Herr März Ignoranz anderer Meinungen vor, die Oppositionellen aller Gruppierungen glauben es besser zu wissen und besser zu können! Es geht ihnen alles zu langsam, jahrelang passierte nichts und jetzt tut sich endlich an allen Ecken und Enden was in Starnberg! Hier gilt der Kalenderspruch: „Mancher lehnt eine Idee bloß ab, weil sie nicht von ihm ist!“

Willi Illguth  
Starnberg

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.

Quelle: Kreisbote Starnberg Juni 2016

„Hier ist alles überfällig“

2



Derzeit entsteht die Starnberger Westumfahrung. Über den Rest streitet der Stadtrat. FOTO: ANDREA JAKSCH

Zum Leserbrief „Unerträgliche Belastungen“

Jeder Starnberger sollte das offizielle Gesprächsprotokoll über den Termin zwischen den Stadträten samt Bürgermeisterin sowie der obersten Baubehörde lesen. Wer eins und eins zusammenzählen kann, erkennt, dass wir die Nord-Ost-Umfahrung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eben nie rechtlich genehmigt bekommen.

Sogar die oberste Baubehörde hat deshalb bereits vor Jahren Abstand von dem Versuch genommen und vertritt auch in Zukunft den B2-Tunnel zusammen mit der Westumfahrung als einzige bauliche Lösung gegen den

B2-Verkehr. Auch wenn mir dies nicht gefällt, wird sich an der Rechts- und Faktenlage aber so einfach nichts ändern. Herr Altwickler kann ich daher zustimmen: Es ist tatsächlich erstaunlich, welche Unwissenheit und welche Verdrängung offizieller Fakten besteht. Allerdings gehört gerade Herr Altwickler zu den Herren der WPS beziehungsweise der BI, die uns Wähler über eben diese Faktenlage im Unklaren gelassen haben. Mittlerweile glaube ich sogar bewusst.

Denn eins und eins können die Herren genauso gut wie ich zusammenzählen. Uns Wählern wurde ein verwässertes Bild geliefert, damit wir uns eine Umfahrung wün-

schen, obwohl schon längst bekannt ist, dass deren Verwirklichungswahrscheinlichkeit gegen Null geht. Leider ist es eben nicht so, dass den B2-Tunnel-Befürwortern die Sachargumente ausgehen. Ganz im Gegenteil: Auf der jetzigen Faktenlage dürften Herr Altwickler die Sachargumente für eine Nord-Ost-Umfahrung ausgehen.

Und was die Diffamierungsvorwürfe angeht: Gerade die Herren der WPS und der BI dürfen vor ihrer eigenen Tür als aller erstes kehren. Die Aussagen in den Schaukästen über Mitbürger und der Umgang innerhalb der WPS hat mich zunehmend gestört. Eine anerkannte Faktenlage ist immer Grundlage für eine sinnvolle Diskussion und das Finden eines demokratischen Ergebnisses. Dass Herr Altwickler es wagt, auf der auch von ihm verbreiteten falschen Faktengrundlage von Demokratie zu sprechen, ist geradezu erschütternd. Ich wäre froh, wenn der B2-Tunnel trotz allem nicht käme. Meine Kinder haben mir aber auch klar gemacht, dass sie, obwohl sie vom Durchgangsverkehr massiv belastet sind, immer gegen den Bau jeglicher weiterer Umfahrungen wären. Sie wollen sich und meinen Enkeln nicht ihr Naherholungsgebiet verhunzen lassen.

Gerhard März  
Starnberg

wer ist das?

Quelle: Starnberger Merkur Februar 2017

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Versuch, Bürger zu instrumentalisieren

Bürgerbegehren zum B2-Tunnel und Berichte wie „1800 Unterschriften gegen B2-Tunnel“ vom 9. Juni

Dieses Bürgerbegehren ist eine sehr durchsichtige Veranstaltung! Wenn man sich die Initiatoren und Verantwortlichen des Bürgerbegehrens und des dahinter stehenden Vereins ansieht, wird deren eigennützige Absicht schnell klar. Der überwiegende Teil ist in unmittelbarer Nähe des geplanten Südportals wohnhaft und fürchtet deshalb, durch die künftige Baustelle belastigt zu werden. Deshalb spannt diese „Grubenstraßen-Clique“ den erklärten Tunnelgegner Dr. Klaus Huber vor ihren Karren und verbreitet dieselben Unwahrheiten über den Tunnel, wie sie schon im Wahlkampf zur Wählertäuschung vorgebracht wurden. Aus rein egoistischen Motiven versucht man also, die Starnberger

Bürger zu instrumentalisieren und die Verkehrsmisere ihrer Stadt auch für die Zukunft zu zementieren. Gleichzeitig regt man sich auf, wenn dieses Begehren, vollkommen zu Recht, als schäbig bezeichnet wird. Die Handvoll Stadträte, die bisher den Tunnelgegnern gebührt haben und jetzt für den Tunnel gestimmt haben, werden übel beschimpft. Diesen Mandatsträgern gebührt dagegen ein großes Lob, weil wenigstens sie ihren Amtseid ernst genommen haben. Sie haben geschworen, ihr Mandat zum Wohl der Stadt und deren Bürger auszuüben. Nachdem spätestens seit dem Termin im Innenministerium allen bekannt ist, dass eine Umfahrung in Form einer Bundesstraße keine Realisierungschance hat, haben die als Wahlbetrüger beschimpften Stadträte das einzig mögliche getan, nämlich für den Tunnel zu stimmen.

An die unbelehrbaren Anhänger einer Umfahrung möchte ich die Empfehlung richten, sie mögen sich die seit sechs Monaten fertiggestellte Umfahrung von Weßling ansehen. Weil die Autofahrer dort ein paar Kilometer weiter fahren müssten, wird die Umfahrung kaum akzeptiert und im Ort ist die erhoffte Verkehrsentslastung ausgeblieben. In Starnberg wäre die Umfahrung viel länger, deshalb kann davon ausgegangen werden, dass eine Umfahrungsstraße bestenfalls in der Stoßzeit benützt würde; tagsüber und abends würden die Pöckinger, Feldafinger, Tutzing, Weilheimer usw. sicher keinen Umweg nehmen. Hoffentlich lassen sich die Starnberger nicht von dieser Egoisten-Truppe blenden und geben diesem Bürgerbegehren eine Abfuhr!

Franz Stauber  
Starnberg

wer ist das?

4

Quelle: Starnberger Merkur Juni 2017

# Illusionen statt Fakten

Zu den Beiträgen „Tunnel oder gar nichts“, „Mehr Fragen als Antworten“ und „Eine Frage der Interpretation“ vom 21. Januar sowie diversen Leserbriefen:

Ich hoffe, dass jeder Starnberger das offizielle Gesprächsprotokoll der Stadträte mit den Vertretern des Innenministeriums liest. Wer „eins und eins“ zusammenzählen kann, erkennt sofort, dass rein rechtlich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Bau einer Nord-Ost-Umfahrung eben nicht möglich ist. Selbst die Oberste Baubehörde hat daher vor Jahren die Finger von diesem Projekt gelassen und wird es auch nicht wieder angehen. Andersherum ist es mit dem B2-Tunnel. Sofern die Starnberger beziehungsweise deren Vertreter, die Starnberger Stadträte, dem Bau zustimmen, kann dieser kommen – auch wenn man dies schlecht findet. An der Faktenlage wird sich nichts ändern.

Es ist erstaunlich, wie lange ich selbst den Aussagen der WPS und der Bürgerinitiative blind getraut habe. Rückblickend muss ich sagen, dass sie uns Wähler seit Jahren über die tatsächliche Faktenlage im Unklaren gelassen haben. Die vermeintlich mögliche Wahl für eine Nord-Ost-Umfahrung war damit nie die Wahl für ein tatsächlich auch umsetzbares Projekt, sondern es wurde uns eine Illusion vorgesetzt, deren Erfüllung äußerst unwahrscheinlich ist. Leider sind dagegen die Sachargumente derjenigen, die nur den B2-Tunnel als mögliche bauliche Lösung ansehen, überzeugend. Wenn uns von der WPS und der BI auf der jetzt bekannten Faktenlage weiter vorgegaukelt wird oder wir uns vorgaukeln lassen, der Bau einer Nord-Ost-Umfahrung sei sicher möglich, halte ich das für bewusste Volksverdummung.

Man kann allen Starnberger nur empfehlen, selbst das Gesprächsprotokoll zu lesen – auch wenn manch einer die Fakten nicht mag. Nur auf dieser Grundlage kann eine wirklich demokratische Entscheidung getroffen werden für die Entlastung vom Durchgangsverkehr: Für den B2-Tunnel. Oder für eine äußerst unwahrscheinliche Lösung – und damit für sehr wahrscheinlich nichts. Ich persönlich wäre froh, wenn der B2-Tunnel trotz der Faktenlage nicht kommt. Meine Kinder aber wären gegen jegliche Nord-Ost-Umfahrung. Sie wollen sich und meinen Enkeln nicht ihr Naherholungsgebiet verhinzen lassen. Auch das kann ich gut verstehen. *Gerhard März, Starnberg*

Quelle: Süddeutsche Zeitung Januar 2017

wer ist das?

5

# Wer täuscht hier wen?

Zu den Leserbriefen „Mediales Brimborium“ und „Gleichgesinnte und Sinneswandel“ vom 31. August:

Statt Interesse für den Meinungswandel von Vize-Bürgermeister Dr. Rieskamp zu zeigen und ihn – sowie vier weitere Stadträte, die im Februar dem Tunnelbau zugestimmt haben – über deren Gründe zu befragen, werden wir Wähler durch den Leserbrief von Herrn Müller als Opfer einer Täuschung dargestellt. Das stimmt nicht: Erstens können die Gründe, für eine Umfahrung zu stimmen, sehr unterschiedlich sein. Zweitens kann man mit etwas Nachdenken feststellen, dass wir eben nicht von den Tunnelbefürwortern, sondern den politisch aktiven Tunnelgegnern betrogen wurden. Denn es ist falsch, dass Umfahrbefürworter in der Konsequenz auch stets Tunnelgegner sein müssen. Es ist eine Unart, alle Wähler in einen Topf zu werfen: Es ist Meinungsmanipulation.

Es gibt die Gruppe der Umfahrbefürworter, die in jeder Konsequenz immer auf den B2-Tunnel verzichten würden. Das muss man akzeptieren. Es gibt aber auch Umfahrbefürworter, die im Interesse einer Verkehrslösung durchaus auf die Tunnelvariante umschwanken, wenn die gewünschte Umfahrung nicht umsetzbar ist. Zu dieser Gruppe gehören offensichtlich die fünf Stadträte: Sie vertreten den Anteil der Wählerschaft, der genauso denkt. Auch das muss man akzeptieren – auch wenn's manchen sehr schwer fällt. Ob die Gruppierung „Starnberg bleibt oben“ unter diesen Voraussetzungen am Ende glücklich wird und ihr Ziel (welches ist das eigentlich?) erreicht, muss sie selbst abschätzen. Ihnen ist zu empfehlen, sich möglichst umfassend zu informieren um abschätzen zu können, ob ihr Engagement am Ende nicht doch zu einem Misserfolg führt. Weiter lassen sich die Wähler jedenfalls nicht an der Nase herumführen.

Altbürgermeister Pfaffinger als „Geheimniskrämer“ zu bezeichnen zeigt, dass Herr Müller wahrscheinlich noch nicht das Protokoll des Gesprächs gelesen hat, das mit der Obersten Baubehörde im Januar geführt wurde. In diesem Zusammenhang muss man die Frage stellen, warum den Bürgern dieses Dokument von Frau John bis dato unterschlagen wird. Wer täuscht hier wen? *Gerhard März, Starnberg*

Quelle: Süddeutsche Zeitung September 2017

wer ist das?

6

# Dieses Vorgehen hat mit Demokratie nichts zu tun

Zur Verkehrsdiskussion und dem Leserbrief „Prekäres Demokratieverständnis“ vom 13./14. Mai

Stadträte werden gewählt, um für bestehende Probleme Lösungsziele zu formulieren und gemeinsam einen Lösungsweg zu finden. Dabei müssen viele Interessen berücksichtigt werden. Gerade bei solchen Großprojekten mit Vor- und Nachteilen für den Einzelnen und die Stadt kann und darf es nie um Sieg und Niederlage gehen, sondern in erster Linie um Weitblick. Widerstände gegen jedes dieser Bauwerke sind verständlich. Wenn wir alle frei zwischen einer Nord-Ost-Umfahrung und dem B2-Tunnel hätten wählen können, hätte sich vermutlich eine Pattsituation ergeben. Beide Großprojekte verlagern den Verkehr nur. Der Vorteil für den einen gerät zwangsläufig zum Nachteil des anderen. Zusätzlich hängt unsere Entscheidung auch von unserem individuellen Werteverständnis ab. Ich finde es sehr dreist, wenn Herr Diesfeld unter diesen Voraussetzungen meint, „einen“ geschweige denn mehrheitlichen Wählerwillen formulieren zu können. Daneben stehen auch noch Gesetze und Richtlinien, die uns für den

Schutz bestimmter Dinge und Werte (Privateigentum, Natur, Landschaft etc.) wichtig sind. Die freie Wahl des Bundes, eine Trasse für die B 2 im Gebiet nordöstlich von Starnberg zu bauen, war so unmöglich. Ich komme ins Grübeln, warum es die Umfahrbefürworter unterließen, uns Wählern all diese wichtigen Informationen mitzuteilen. Richtig wütend kann es einen aber machen, wenn man feststellt, missbraucht worden zu sein. Denn es ist zu vermuten, dass viele (unter dem bewussten Vorenthalten dieser Tatsachen) dazu verleitet worden sind, für eine (nicht mögliche) Umfahrung (als Bundesstraße) zu stimmen, nur um das Ziel einiger Weniger zu erreichen: den Bau des B2-Tunnels zu verhindern. Das ist viel mehr als schäbig, denn dieses Vorgehen hat mit Demokratie überhaupt nichts zu tun. Das ist schlicht Missbrauch des Wählers. Dies auch noch offen zuzugeben („wir wollten immer lieber nix als den Tunnel“), ist eine zusätzliche Ohrfeige für viele. Es ist schlimm, wie das Wort Demokratie durch Herrn Diesfeld verbogen wird. Ich halte es in heutigen Zeiten für sehr wichtig, einer solchen Verdrehung Einhalt zu gebieten. *Gerhard März, Starnberg*

Quelle: Starnberger Merkur Mai 2017

wer ist das?

7

## In eigener Sache

Leider haben wir in den vergangenen Wochen zwei Leserbriefe veröffentlicht, die offenbar gefälscht waren. Recherchen der Stadtverwaltung haben jedenfalls ergeben, dass die uns genannten Absender „Gerhard März“ und „J. Held“ in Starnberg nicht gemeldet sind. In beiden Briefen wurde die Amtsführung von Bürgermeisterin Eva John kritisiert. Wir nehmen die Fälschungen zum Anlass, die Absenderangaben künftig noch stärker zu kontrollieren. Die Redaktion

Quelle: Starnberger Merkur 14.12.2017

Quelle: Süddeutsche Zeitung November 2017

wer ist das?

8

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

# „Die Alarmglocken läuten“

Zur derzeitigen politischen Situation in Starnberg (unter anderem Artikel „Fortsetzung folgt“ vom 18./19. November)

Demokratie ist öffentliches und transparentes Handeln für uns Bürger. Ich habe bisher angenommen, das dies Herzensangelegenheit unserer Bürgermeisterin ist.

Wenn sie aber Sitzungen um 9 Uhr morgens ansetzt,

missachtet Eva John uns Bürger, die von uns gewählten Stadträte und die Demokratie. Sie missachtet sogar ihr eigenes Wahlprogramm in vielfacher Weise. Eva John hindert unsere gewählten Stadträte an der Sitzungsteilnahme – oder zumindest erschwert sie es in unnötiger Weise. Wir Bürger sind genauso betroffen. Viele sind berufstätig. An den Diskussionen können also nur weni-

ge Stadträte mitentscheiden. Beschlüsse sind dann nicht mehr demokratisch.

Auch wenn ich viele Sachen gut finde, die Frau John gemacht hat, läuten bei mir die demokratischen Alarmglocken. Wir Bürger müssen den Stadträten helfen, Frau John zu kontrollieren, denn ich glaube, sie macht das bewusst. Und das gefällt mir nicht. *J. Held Starnberg*

Quelle: Starnberger Merkur November 2017

wer ist das?

9

# „Hoffentlich werden Stadtratssitzungen bald übertragen“

Zur Bürgerversammlung (Bericht „Was die Bürger von der Politik wollen“) vom 18./19. November

Offensichtlich der Ansicht, sie sei unantastbar, disziplinierte Bürgermeisterin Eva John bei der Bürgerversammlung Fragesteller nach persönlichem Gutdünken. „Disziplinieren“: Dieses Wort benutzte sie gleich zu Anfang der Versammlung. Bürger baten einfach, freundlich und diszipliniert um Aufklärung hinsichtlich der Vorwürfe, die

seit Monaten gegen John immer lauter werden. Aufklärung aber gab es nicht – trotz eines Übermaßes an Worten von John. Konsequenz brachte sie es fertig, Fragen, die sie persönlich in ihrer Amtsführung und ihrer Auffassung von Demokratie auch nur im Ansatz kritisierten, auf eine scheinbar breitere Verantwortungsebene zu ziehen. Sich selbst nahm sie so jedes Mal aus der Schusslinie – ohne Antworten zur eigentlichen Frage zu geben. Nach dem Wortschwall fasste kaum

einer nach. War dies doch der Fall, disziplinierte sie den Bürger hart: „Die zwei Minuten sind vorbei.“ Durch das Verlesen des nächsten Themas blockte sie einfach ab. Es lässt sich vermuten, dass es ansonsten wirklich unangenehm für sie hätte werden können. Über das Verhalten Johns reicht es offenbar bei weitem nicht mehr aus, als Bürger nur den Kopf zu schütteln und zur Tagesordnung überzugehen. Demokratie geht von uns Bürgern aus. Das beinhaltet auch eine

Kontrollmöglichkeit oder -pflicht. Es ist sehr zu hoffen, dass die öffentliche Übertragung der Stadtratssitzungen damit wäre tatsächlich Öffentlichkeit hergestellt. Eva John und die drei BMS-Stadträte müssen sich dann an ihren eigenen Parolen messen lassen, die man auf den BMS-Seiten lesen kann: Einmischen der Bürger erwünscht, lebendige Demokratie setzt informierte Bürger voraus, wir machen uns stark für transparentes politi-

sches Handeln. Momentan brechen BMS und John alle ihre eigenen Ideale. Nicht nur die BI, die uns Umfahrbefürworter offensichtlich an der Nase herumführt, macht Sorgen, sondern auch in besonderem Maße die BMS. Selbst deren Stadträte Josef Pfister und Christine Lipovec haben gegen die öffentliche Übertragung von Stadtratssitzungen gestimmt. Mich schaudert.

Quelle: Starnberger Merkur November 2017

wer ist das?

10

Quelle: Starnberger Merkur November 2017

## „Stadträtinnen treten aus der WPS aus“ vom 31.05.2016

(Leserbrief an die Redaktion Starnberger Merkur)

Angelika Kammerl mit ihrer Anti-Allianz-Einstellung hat angeblich den Rausschmiss aus der WPS befürchtet, was den Verlust ihres Stadtratsmandats bedeutet hätte! Letzterem wollte sie jedoch zuvorkommen, ergo ist sie zusammen mit Frau Loesti, die die gleiche negative Einstellung hat, ausgetreten. Die Damen kennen und können nur Opposition!

Die Akteurinnen haben übersehen, dass sie nicht ihrer Persönlichkeit wegen gewählt wurden, sondern weil sie einen vorderen WPS-Stadtrats-Listenplatz hatten!

Ginge es den Damen um das Wohl der Stadt und nicht um ihre Selbstdarstellung als Stadträtinnen, hätten sie trotz aller Meinungsverschiedenheiten mindestens ein klärendes Gespräch gesucht!

Besser, die Protagonistinnen hätten ihrer Glaubwürdigkeit wegen ihr Stadtratsmandat zurückgegeben, zumal Frau Kammerl noch nicht mal in Starnberg wohnt. So aber zeigt der Austritt, dass es den Damen nur darum geht, Ärger zu stiften und ihrer Wählergruppierung und der WPS-Fraktion zu schaden!

Das Ziel der WPS, den B2-Stadtselbstzerstörungs- und Energieverschwendungstunnel zu verhindern, ist mit Wahl von Bürgermeisterin Eva John gelungen! Was Eva John in der kurzen Zeit ihres Wirkens in Starnberg zum Positiven gewandelt hat, ist beachtlich, selbst die Westumfahrung wird bis 2018 fertig! Jedoch bei der Politik ist es wie im wahren Leben „alle Menschen recht getan ist eine Kunst die niemand kann“!

Wie wichtig die von Prof. Picker in der letzten Stadtratssitzung vorgeschlagene Klausur für den zerstrittenen Stadtrat ist, zeigt der Lachanfall von Stefan Frey bei der vorherigen Stadtratssitzung, als er vermutlich erkannte wie aberwitzig seine Aufforderung an Bürgermeisterin Eva John ist: den Antrag der Tunnelbefürworter und Bürgerwillensmissachter von CSU, UWG, GRÜNE und SPD nach Berlin als offizielle Stellungnahme der Stadt zum Bundesverkehrswegeplan zu übermitteln! Schizophrener gehts nicht! Her mit der Klausur!

Willi Illguth  
Starnberg

nicht veröffentlicht

## „Stadtrat gegen Eva John“ vom 18.11.2017

(Leserbrief an die Redaktion Starnberger Merkur)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau John ist der Stachel im Fleisch der „Mächtigen“ in Starnberg. Schon bei unserem Zuzug 1980 hatte die CSU die UWG (eigentlich CSU), die SPD und die Grünen auf ihrer Seite. Opposition war von denen nicht zu erwarten.

Als angeblich der Tunnelbau näher rückte, formierte sich dagegen ein Widerstand aus FDP und BLS sowie die Bürgerinitiative Bl. Letztere gründete dann eine politische Gruppierung, die WPS.

2002 wurde der Tunnelgegner Pfaffinger (BLS) zum Bürgermeister gewählt. Aber schon kurz danach wechselte er - anders als vor der Wahl versprochen - zur UWG und wurde ein eifriger Verfechter des Tunnelbaus. Die BMS von Frau John wurde gegründet. Viele Bewohner der Stadt glaubten nun nicht mehr an die „schnellste Verkehrsentslastung“ Starnbergs nach jahrzehntelangem Hinhalten, zumal die Sicherheitsmängel im Tunnel, der die Innenstadt belastende Abluftkanal ohne Filter und die jahrelangen Baustellen in der Innenstadt bekannt geworden waren. So änderte sich 2014 die Zusammensetzung im Stadtrat. Die Tunnelgegner hatten nun die Mehrheit. Aber je einsichtiger sich die Bürger zeigten, so eigenartig reagierte ein Teil der Stadträte. Sie mutierten von Tunnelgegnern nach Antritt ihrer Ämter zu Tunnelbefürwortern. Von nun an kämpften CSU, UWG, SPD, Grüne und BLS gemeinsam gegen Frau John.

Denn wieder hatten Stadträte die Seiten gewechselt und das Mobbing gegen die Bürgermeisterin begann. Der zweite Bürgermeister, der mich zuvor bei meiner Petition gegen den Tunnel in den Landtag begleitet hatte, dann die Klage gegen den Tunnel mit unterschrieb und nach der Wahl 2014 das Ruhen der Klage mit beantragte, ist nun plötzlich einer der eifrigsten Verfechter des Tunnelbaus. Ich halte diese Stadträte nicht für so naiv, dass sie den Aussagen, zuerst Tunnelbau, dann Umfahrung, glauben. Weshalb aber wechseln immer nur Tunnelgegner zur Gegenseite? Ich frage mich allen Ernstes, wie sie dazu gebracht werden und welche Vorteile ihnen das bringt?

Nun also soll durch Klagen die den „im Hintergrund die Fäden ziehenden Mächtigen der CSU“ der seit Jahrzehnten gewohnte Freiraum gegeben werden, zum Nachteil der standhaften Bürgermeisterin, der Bürger und der Stadt. Und die Presse hier in Starnberg - Merkur, SZ und Kreisbote - sind nicht nur CSU-freundlich, sondern CSU-hörig, was eine neutrale Berichterstattung unmöglich macht.

Mit freundlichen Grüßen

Gunar Ehrhardt  
Starnberg

nicht veröffentlicht

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

### „Prekäres Demokratieverständnis“

**Verkehrssituation in Starnberg, angekündigtes Bürgerbegehren gegen den Tunnel-Bau und Artikel „Landrat: Das ist schäbig“ vom 11. Mai**

Wenn Landrat Roth es „schäbig“ findet, dass Starnberger Bürger sich wehren, wenn sie sich hinter Licht geführt und als Wähler betrogen fühlen, dann spricht dies für ein präkäreres Demokratieverständnis. Es ist allgemein bekannt, dass nach den letzten Kommunalwahlen der Starnberger B2-Be-lastunnel abgewählt war.

Wenn dann auf wundersame Weise fünf Stadträte, die gerade wegen ihrer Ablehnung dieses Tunnelprojekts gewählt wurden, unmittelbar vor der ominösen Stadtratssitzung am 20. Februar ohne neue Erkenntnisse „eines Besseren belehrt wurden“ und plötzlich für den Tunnel stimmten, dann muss man

sich über Bürgerempörung nicht wundern. Dieses Verhalten wird von Landrat Roth offenbar gebilligt, wenn er den Widerstand der Bürger hiergegen als „schäbig“ bezeichnet.

H. J. Diesfeld  
Starnberg

Quelle: Starnberger Merkur Mai 2017

Wahrheit bleibt Wahrheit  
auch wenn sie jeder leugnet,  
Lüge bleibt Lüge  
auch wenn sie jeder bestätigt!

Hank Hanegraaf

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

### Ein schwarzer Tag für Starnberg

**Verkehrsentslastung Starnbergs und Berichte wie „Ja zum Tunnel – So geht's jetzt weiter“ vom 22. Februar**

Der 20. Februar 2017 wird als rabenschwarzer Tag in die Annalen der Stadt eingehen und sicher nicht der Befriedung der Bürgerschaft dienen, wie es im Stadratsbeschluss heißt. Mit viel Raffinesse wurden so genannte „Umfahrungsfreunde“ dazu veranlasst, mit den „Tunnel-freunden“ für den sofortigen Beginn des B2-Tunnelbaus zu stimmen. Und sie taten es ohne sich an ihre Wahlversprechen von 2014 zu erin-

nern. Angelockt wurden sie durch die „Inaussichtstellung“ einer realistischen Prüfung der so genannten Nord-Ost-Umfahrung. Falls sich diese aber als nicht realisierbar erwiese, fielen jede Kompensation weg, der Tunnel bliebe.

Alle Mitbürger, die sich gegen den Tunnel aus vielerlei Gründen ausgesprochen haben (Abgase und Feinstaub raus aus der Stadt, Entlastung aller Straßen, Vermeidung jahrelanger Großbaustellen, Minderung des Wohnwertes im Umkreis der Tunnelportale und des Abgaskamins, Vermeidung von Schäden an Ge-

bäuden durch den Tunnelbau, Gefährdung von Menschen durch unzureichende Tunnelsicherheit) sind zunächst einmal fassungslos. Es wurde immer gesagt „Tunnel oder nix“ für Starnberg und, oh Wunder, jetzt wird eine Nord-Ost-Umfahrung als machbar in Aussicht gestellt. Also, wo ein Wille ist, erscheint doch ein Weg oder eine Fatamorgana. Unberücksichtigt ist, dass nach Berechnungen von Herrn Prof. Dr. Kirchhoff das Leistungsvermögen des Tunnels nicht gesichert erscheint, da eine Verlagerung des Staus in den Bereich zwischen östli-

chem Portal und Autobahnbeginn zu erwarten ist. Muss hier nicht nochmals seitens der Obersten Baubehörde nachgeprüft werden? Bekanntlich geht es der Behörde nicht um eine Verkehrsentslastung der Stadt, sondern der B2, was ein großer Unterschied ist.

Fazit: Dadurch dass fünf ehemalige Tunnelgegner sich für den Tunnel entschieden haben, ist der Wählerwille nicht mehr umgesetzt. Die Stadträte, die seit mehr als 15 Jahren und bis Januar 2017 gegen den Tunnel eingestellt waren und am 20. Februar „umgefallen“ sind, haben ihre Glaubwürdigkeit verloren. Der Tunnel darf nicht kommen, ohne dass die Mehrheit der Starnberger darüber entschieden hat. Die logische Folge erscheint ein umgehendes Bürgerbegehren zur Klärung.

Dr. Helmut Hebeisen  
Starnberg

Quelle: Starnberger Merkur Februar 2017

An den Starnberger Merkur zum Artikel vom 11.05.2017  
Landrat: Das ist schäbig“.

## GROBE PFLICHTVERLETZUNG IM AMT DES STARNBERGER LANDRATS.

Man kann es nur als politische Instinktllosigkeit und grobfahrlässige Pflichtverletzung bezeichnen, wenn der amtierende Landrat Karl Roth in einer Parteiveranstaltung der CSU das gestartete Bürgerbegehren, so kommentiert: „Ich finde das Vorhaben ganz schäbig“ und weiter: „Ich hoffe, dass dieses Vorhaben in,s Leere läuft“. Ist sich der Landrat nicht bewusst, dass ein Bürgerbegehren, mit dem Ziel eines Bürgerentscheides, eines der Grundrechte zur Ausübung der direkten Demokratie darstellt? Eine derartige Verletzung des Bürgerwillens, ist für einen Landrat eine höchst fragwürdige... und zu verurteilende Angelegenheit. Kann es sein, dass ausschließlich CSU-gesteuertes Interesse, oder sogar persönlich motivierte Vorstellungen, ihn zu dieser unsäglichen Kommentierung bewogen haben?

Als „Teilzeit - Starnberger“, mit einer immerhin 20-jährigen Verweildauer, erinnere ich mich gut an ein Gespräch, das ich mit Herrn Landrat Roth im Herbst 2008 zum Dauerthema „Umfahrung statt Tunnel“ in seinem Büro führen konnte. Im Rahmen der Diskussion zur katastrophalen Verkehrssituation in Starnberg, möchte er keinen Hehl daraus, dass er die Idee für einen Tunnel gar nicht so negativ sieht. Begründung: Er käme dann auch schneller und bequemer von Andechs zu seinem Büro. Alles klar? Für einen Landrat, der sich allen Bürgern gegenüber verpflichtet fühlen sollte, eine bemerkenswerte Haltung!

Helmut Kröniger  
Bayreuth

gekürzt

Original

Quelle: Starnberger Merkur Mai 2017

### „Höchst fragwürdig“

**Zum Artikel „Landrat: Das ist schäbig“ vom 11. Mai**

Man kann es nur als politische Instinktllosigkeit und grobfahrlässige Pflichtverletzung bezeichnen, wenn Landrat Karl Roth in einer Parteiveranstaltung der CSU das gestartete Bürgerbegehren so kommentiert: „Ich finde das Vorhaben ganz schäbig“, und weiter: „Ich hoffe, dass dieses Vorhaben ins Leere läuft.“ Ist sich der Landrat nicht bewusst, dass ein Bürgerbegeh-

ren mit dem Ziel eines Bürgerentscheids eines der Grundrechte zur Ausübung der direkten Demokratie darstellt? Eine derartige Verletzung des Bürgerwillens ist für einen Landrat höchst fragwürdig und zu verurteilen. Kann es sein, dass ausschließlich CSU-gesteuertes Interesse oder sogar persönlich motivierte Vorstellungen ihn zu dieser unsäglichen Kommentierung bewogen haben?

Helmut Kröniger  
Bayreuth

## Pro und contra Tunnel

**Zur Frage Tunnel oder Umfahrung und zum Leserbrief „Frau John, sagen Sie endlich Ja zum Tunnel“ vom 30. Januar:**

Sehr geehrte Befürworter des Tunnels, ich wundere mich immer wieder, wie man nur wegen der bereitgestellten Mittel für den Tunnel alles andere außer Acht lässt.

Die Belastungen der Autoabgase und der allgemeinen Luftverschmutzung sind für unsere Kinder nachweislich besonders schädlich. Bei diesem Tunnel würden die ganzen Abgase durch den geplanten Kamin auf dem Schlossberg über der Stadt verteilt. Außerdem kann der Tunnel so wenig Positives bewirken, da trotzdem eine Umfahrung notwendig ist.

Acht Jahre Bauzeit unter den Häusern, an die Schäden ist gar nicht zu denken, die Baustellen und Verschlechterungen für den innerörtlichen Verkehr und vor allem die Fußgängerüberwege, die nicht mehr möglich sind usw. Informieren können Sie sich über eine ganzheitliche und nicht nur einseitig die Natur betrachtende, sondern auch den Menschen und dessen Gesundheit gleich wichtig nehmende Lösung bei der Bürgerinitiative Pro Umfahrung.

Außerdem sollte man den Bürgerwillen, und deshalb wurde Frau John gewählt, ernst nehmen und nicht nur – siehe Berechnung von Herrn Prof. Dr. Ing. Kirchhoff – den Tunnel, der weder ausreichend noch sinnvoll ist, als Lösung sehen.

Hannelore Wimmer  
Starnberg

Quelle:  
Starnberger Merkur  
Februar 2017

# Eine Auswahl von Leserbriefen besorgter Starnberger/innen

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

### „Unerträgliche Belastungen“

**Starnberger Verkehr und Leserbrief „Es ist unverantwortlich, den Tunnel abzulehnen“ vom 25. Januar**

Es ist schon erstaunlich, welche Unwissenheit oder Verdrängung offizieller Fakten nach nun zwölf Jahren öffentlicher Diskussion zum B 2-Innenstadttunnel immer noch existieren. Es wird den Unwissenden empfohlen, den Planfeststellungsbeschluss zu lesen, um die Belastungswirkung dieser Lösung für die

Stadt ab Seite 35 zu erfahren. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass hierdurch laut Bundesverkehrswegeplan 2030 zirka 14 000 Autos täglich mehr gegenüber heute in der Stadt ihre Abgase, Lärm und Feinstaub bringen, ohne dass die Hauptverkehrsachse über die Hanfelder Straße und die angrenzenden Wohngebiete entlastet würden. Das nennen Sie Entlastung? Wechseln Sie doch probeweise Ihre Bleibe vom idyllischen Leutstetten in die Haupt-

oder Hanfelder Straße, dann werden Sie die unerträglichen Belastungen dieser Mitbürger hautnah erleben. Diese Situation bleibt auch nach Tunnelbau bestehen. Daher würden wir zu Recht die Frage unserer Enkel fürchten: Warum habt ihr nicht den Tunnel abgewählt? Und noch eines: Es scheint zurzeit ein probates Mittel zu sein, wenn man selbst keine Sachargumente hat, die anderen auf übelste Weise zu diffamieren. Dies lässt auf die in-

neren Geisteshaltung und das fehlende Demokratieverständnis dieser Mitbürger schließen.

**Carl Peter Altwickler**  
Starnberg

#### Reden Sie mit!

Ihre Zuschriften sollten sich auf Veröffentlichungen in unserer Zeitung beziehen und maximal 80 Zeilen à 28 Anschläge lang sein. Äußerungen in Leserbriefen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Quelle: Starnberger Merkur Januar 2017

### „Stadtbelastungstunnel“

**Zur Frage Tunnel oder Umfahrung und der Berichterstattung über das Gespräch Starnberger Stadträte bei der Obersten Baubehörde:**

Das Ergebnis des Gesprächs von der Ersten Bürgermeisterin der Stadt Starnberg und mehreren Stadträten mit der Obersten Baubehörde mit „Tunnel oder nichts“ zusammenzufassen, ist sehr durchsichtige Panikmache. Das Nichts soll beunruhigen. Denkt man aber an das Wohl der Stadt, dann erzeugt vielmehr der Tunnel als Alterna-

tive zu Nichts kommunalpolitisches Bauchweh. Denn der B2-Tunnel Starnberg ist städtebaulich eine Todsünde, verkehrstechnisch ein Flop, finanziell eine Verschwendung und bautechnisch eine rechtlich abgesegnete Wundertüte, Umweltgefahr und Personengefährdung. Wer diesem Stadtbelastungstunnel zustimmt, der hat das Wohl der Stadt und seiner Bürger völlig aus den Augen verloren.

**Dr. Günter Steck**  
Starnberg

Quelle: Starnberger Merkur  
Januar 2017

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

### „Ergebnis stand von vornherein fest“

**Zu den Artikeln „Stadtrat lässt Tunnel-Begehren nicht zu“ (4. Juli) und „Tunnel-Begehren: Klage noch diese Woche“ (5. Juli) schreibt Professor Hans Jochen Diesfeld, der im Beirat der Bürgerinitiative mitarbeitet:**

Danke für die sachliche Berichterstattung über die erwartungsgemäß kontroversen Plädoyers der Anwälte über die Frage der Rechtmäßigkeit des Bürgerbegehrens und der anschließenden Debatte im Stadtrat hierüber. Ich habe dieser Sitzung selbst mit großer Aufmerksamkeit beigewohnt.

Der Anwalt der Stadtverwaltung hat sich auftragsgemäß im Wesentlichen und sehr kompetent auf die formellen und materiellen Anforderungen konzentriert, die an ein Bürgerbegehren gestellt sind. Er hat besonders auch auf die grundgesetzlich garantierte Bürgerbeteiligung an wichtigen Entscheidungsprozessen und auf die dabei notwendige Toleranz gegenüber den Bür-

gern hingewiesen. Im Gegensatz hierzu hat der offenbar von den Fraktionen der Tunnelbefürworter beauftragte Jurist und Stadtrat Stefan Frey, seines Zeichens Staatsbeamter im Bayerischen Innenministerium, ganz eindeutig die Position der Landesregierung beziehungsweise der Obersten Baubehörde vertreten und ist in keiner Weise auf die Belange der Bürger eingegangen, die er als Stadtrat eigentlich primär zu vertreten hätte. Sein Motto war: „Seid untertän der Obrigkeit.“

Insofern wäre es sehr viel berechtigter gewesen, ihn als befangen (wenn nicht sogar in einem persönlichen Interessenskonflikt gefangen) zu bezeichnen, im Unterschied zu Dr. Klaus Huber, dem man als Stadtrat und als Vorsitzenden der Bürgerinitiative Pro Umfahrung – Contra Amtstunnel persönlich und politisch hier sehr viel weniger einen Interessenskonflikt unterstellen könnte und den man von der Sitzung ausschloss. Das Ergebnis dieser immer-

hin von etwa 100 Bürgern besuchten Sitzung stand natürlich von vornherein fest, nachdem sich die Mehrheitsverhältnisse nach dem Seitenwechsel von einigen Tunnelgegnern zu den Tunnelbefürwortern durch bemerkenswerte Fügung zu deren Gunsten verschoben hatten.

Bürgermeisterin Eva John kann man nur Respekt und Anerkennung zollen, dass sie die Sitzung trotz der aufgeheizten Stimmung so ruhig und sachlich geleitet hat.

**Prof. Hans Jochen Diesfeld**  
Starnberg

Wenn ich als Stadtrat überzeuge bin, die Mehrheit der Bürger für den Tunnelbau hinter mir zu haben, verstehe ich nicht, warum ich die Zulassung des Bürgerbegehrens – das offenbar ja nur von einer irregeleiteten kleinen Minderheit vertreten wird – mit langatmigen juristische Ausführungen unterbinden muss.

**Christian Schötz**  
Starnberg

Quelle: Starnberger Merkur Juli 2017

### Begehren lobenswert

**Tunnel-Bürgerbegehren und Berichte wie „Landrat: Das ist schäbig“, 11. Mai**

Unser Landrat hat deutliche Worte zu dem geplanten Tunnel-Bürgerbegehren gefunden: Er findet dieses Vorhaben „schäbig“! Aber, Herr Landrat! Das ist doch nicht schäbig! Ein Bürgerbegehren ist ein legitimes Mittel in einer Demokratie. Ich finde dieses Vorhaben lobenswert!

Schäbig ist doch etwas ganz anderes. Schäbig ist doch, dass fünf Stadträte, die gewählt worden waren, um den Tunnel zu verhindern, dann plötzlich für ihn gestimmt haben. Das ist doch schäbig.

Dass sich ein Herr Stefan Frey gerne im Ton vergreift, ist ja nun nichts Neues: Er bezeichnet die Tunnelgegner als „Ewiggestrige“. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Stadtrat, der nicht unwesentlich zu dem vergifteten Klima im Stadtgremium beiträgt, seine Wortwahl zukünftig mäßigen könnte.

„Ewiggestrig“ sind doch vielmehr er selbst und Seinesglei-

chen, die an einem in seiner Konzeption völlig veralteten Tunnelprojekt festhalten, das bereits vor Baubeginn seine Existenzberechtigung verloren hat. Der B 2-Entlastungstunnel entlastet, wie der Name schon sagt, die Bundesstraße, die Verkehrsproblematik in Starnberg jedoch in keiner Weise.

Ich hoffe jetzt, dass die Starnberger nach den jahrzehntelangen Diskussionen um den Tunnel, dem ganzen Hin und Her, noch einmal die Motivation aufbringen und sich zahlreich an dem Bürgerbegehren beteiligen, um den für Starnberg so unsinnigen Tunnel doch noch zu verhindern.

Und, ach ja: Nach meinem letzten Leserbrief „Historische Fehlentscheidung“ im Februar erhielt ich diverse anonyme (Droh-) Schreiben. Liebe Schreiberlinge dieser Werke, sparen Sie sich diesmal die Zeit und Mühe, Ihre Zeilen beeindruckend mich nicht.

**Dr. Michael Fichtel**  
Starnberg

Quelle: Starnberger Merkur Mai 2017

### Eine gezeichnete Meinung

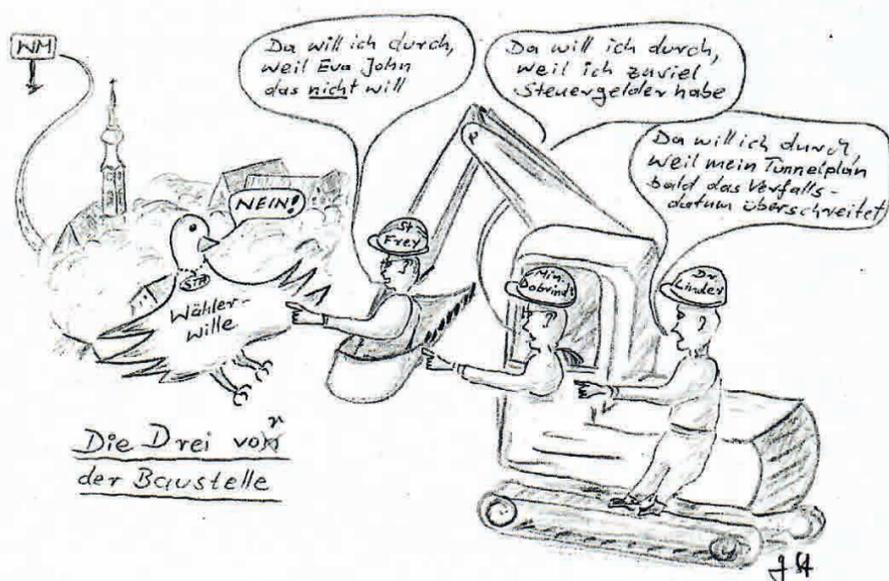
**Zu den Artikeln „Stadtrat lässt Tunnel-Begehren nicht zu“ (4. Juli) und „Tunnel-Begehren: Klage noch diese**

**Woche“ (5. Juli) und ähnlichen Artikeln**

Mein gezeichneter Leserbrief

macht die drei „Bigpoints“ des Tunneltheaters anschaulich klar.

**Dr. Günter Steck, Starnberg**



Quelle: Starnberger Merkur Juli 2017

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

### Demokratisch entschieden

**Zur Verkehrsdebatte (unter anderem Leserbrief „Eine gezeichnete Meinung“ vom 18. Juli)**

Verqualmtes Starnberg? Für Tunnelgegner okay? Oder wie soll der gezeichnete Leserbrief „Die 3 vor der Baustelle“ gedeutet werden? Sollen wir Starnberger ein verbrauchtes, schadstoffbelastetes Starnberg in Kauf nehmen, nur damit kein Tunnel gebaut wird? Das lässt diese Leserzeichnung vermuten, so verschmutzt, wie das Stadtgebiet Starnberg dort dargestellt wird. Und man kann nur erahnen, wie verbissen der Leserbriefschreiber mittlerweile zu sein scheint, dass er

einzelne Personen angreift und denen auch noch persönliche Interessen unterstellt. Und ein weiteres bekanntes Phänomen ist zu erkennen: „Was nicht in meine Argumentationskette passt, ignoriere ich...“ Dass hier eine Entscheidung getroffen wurde, deren Bedeutung weit über die Stadtgrenzen Starnbergs hinausgeht, wollen anscheinend so einige nicht wahrhaben. Diese Zeichnung zeigt in meinen Augen leider auch sehr schön, wer hier trotz der demokratisch getroffenen Entscheidung weiterhin das schon viel zitierte Öl ins Feuer gießt.

**Dr. Thorsten Schüler**  
Starnberg

„Stadtrat gegen Eva John“ vom 18.11.2017 (Antwort auf den Leserbrief Dr. Schüler vom 25.07.2017)

Eine offene Entgegnung auf mein Bild schätze ich im Gegensatz zu einem anonymen Brief, der mir mit der Kopie einer SZ-Seite zugesandt wurde. Demokratisch entschieden wurde durch die Kommunalwahl 2015: kein B2-Stadtbelastungstunnel in Starnberg. Fünf Umfaller haben diese demokratische Entscheidung eklatant missachtet.

Eine Karikatur lebt von der eindeutigen Verbindung zwischen der Person und ihren Absichten und Taten. Die Unterstellung von Verbissenheit bitte ich durch Bissigkeit zu ersetzen. Ich finde es schön, wenn meine Zeichnung eine Redensart schön zeigt. Das vermutete Öl im Feuer passt aber nicht. Vielmehr hat meine Zeichnung den Finger in die Wunde gelegt – und das gleich dreimal!

Dr. Günter Steck

Quelle: Starnberger Merkur Juli 2017

nicht veröffentlicht

# Eine Auswahl von Leserbriefen besorgter Starnberger/innen

## „Für Stadträte gilt: Starnberg first“

Zum Artikel „Hier sagen Unternehmer Ja zum Tunnel“ vom 27. Januar

Wenn ich als Gewerbetreibender eines Landkreises gefragt würde, ob ich zur Verkehrs-entlastung eines Ortes einen Tunnel befürworte, um schneller von A nach B zu kommen und über die Problematik dieses Tunnels für diesen Ort nicht in der Tiefe Bescheid wüsste, würde ich selbstverständlich auch mit „Ja“ stimmen. Auch die Oberste Baubehörde sagt ganz klar, dass ihre Interessen auf einem leistungsfähigen Bundesfernstraßennetz liegen, sich alles andere diesem Fokus unterzuordnen habe.

Der stark verkürzte einröhrige Tunnel beginnt in der Innenstadt, kurz vor dem Gymnasium. Die B2 muss auf sieben Spuren aufgeweitet werden. Der Tunnel wurde vor 30 Jahren für einen Durchgangsverkehr von 18 000 Pkw geplant. In den täglichen Spitzenzeiten reicht die Kapazität des Tunnels nicht aus, der Stau verlagert sich vom Tutzing-Hof-Platz an die Moos- und Petersbrunner Straße. Das Verkehrsaufkommen auf

der B2 wird im Bundesverkehrswegeplan für 2030 statt mit den gerechneten 18 000 Pkw mit 30 000 angenommen. Das heißt, in den Spitzenzeiten staut sich der Verkehr noch mehr als heute. Das kann nur eine Umfahrung aufnehmen. Keine der sechs Staatsstraßen, die auf Starnberg zulaufen, sind in den Tunnel eingebunden. Der Tunnel verlief parallel zum See in Nord-/Südrichtung. Das Wasser von allen umgebenden Hügeln läuft Richtung See und wird durch diesen Längsriegel behindert. Ob eine Unterdükerung dies kontinuierlich auffangen kann, müsste sich erst zeigen.

Unsere Grünflächen am Schlossberg verschwinden zum Teil, um die Zufahrten zu Notausstiegen zu bauen. Der Abluftkamin würde an höheren Stelle an der Schlossmauer gebaut. Bei der Wetterlage, wie wir sie seit Mitte Dezember haben, drücken der Feinstaub und die Abgase konzentriert in die Innenstadt. Die Staurechnung des IHK-Vorsitzenden kann nur als Witz empfunden werden. Ich mache seine Rechnung ge-

nauso absurd auf: Wenn 1000 Mitarbeiter täglich zehn Minuten Nase bohren, gingen den Unternehmen ebenfalls 2,3 Millionen Euro verloren und den Gemeinden die entsprechende Gewerbesteuer. Ich frage, ob die von der Mehrheit der zur Wahl gegangenen Starnberger gewählten Stadträte Anrainern verpflichtet sind, damit diese schneller durch Starnberg kommen, oder ob sie weiter für eine Umgehungsstraße kämpfen sollen, die nur gebaut werden könnte, wenn der veraltete Tunnel ad acta gelegt würde. Ich meine, für Starnberger Stadträte muss gelten: Starnberg first.

Hannelore Hartmann  
Starnberg

**Es geht um Starnberg und sonst um nichts!**

Quelle: Starnberger Merkur Februar 2017

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

### Tunnel für Starnberger ohne Sinnhaftigkeit

Verkehrsentlastung Starnberg, Debatten um Tunnel oder Umfahrung und Berichte wie „Ja zum Tunnel – So geht's jetzt weiter“ vom 22. Februar

Nun ist es also beschlossene Sache. Starnberg baut den Tunnel! In einer denkwürdigen Stadtratssitzung stimmten 19 Räte für den Tunnelbau, 12 dagegen. Als Zuhörer der Debatte wurde mir sehr schnell klar, dass die Herren Dr. Linder (Oberste Baubehörde) und Kordon (Bauamt Weilheim) im Wesentlichen nur eines im Sinn haben: „ihre“ Bundesstraße! Zu deren Entlastung soll der Tunnel unter Starnberg gebaut werden.

Was mit Starnberg selbst passiert, interessierte die beiden schon recht viel weniger. Der Tunnel, ich denke, das ist allen Beteiligten klar, löst die Verkehrsprobleme in unserem Ort in keiner Weise! Erschütternd mit welcher Naivität ein Dr. Rieskamp (bis kurz

vor der Abstimmung offiziell noch Tunnelgegner) eine Nord-Ost-Umfahrung den beiden Herren ans Herz zu legen versuchte. Leider hat der zweite Bürgermeister überhaupt nicht begriffen, dass diese Variante (so sinnvoll sie auch wäre) die beiden Herren überhaupt nicht interessiert. Starnberg kann sich nun auf ein jahrelanges Verkehrschaos während der Bauphase einrichten. Dann ist irgendwann ein bereits jetzt veralteter Tunnel mit erheblichen Sicherheitsmängeln entstanden, der für Starnberg und seine Bewohner keine Sinnhaftigkeit hat. Die ständigen Befürworter, aber vor allem die, die gewählt worden waren, den Tunnel zu verhindern und ihn jetzt ermöglichen, tragen die Verantwortung für dieses Wahnsinnsprojekt. Armes Starnberg! Eine historische Fehlentscheidung!

Dr. Michael Fichtel  
Starnberg

Quelle: Starnberger Merkur Februar 2017

## B2-TUNNEL IN STARNBERG

### Baubeginn schafft Fakten

Zum Beitrag „Spatenstich ohne Baubeginn“ vom 12. September:

Es ist schon beachtenswert, mit welcher Eile dieser – in der Starnberger Bevölkerung äußerst umstrittene – Rumpftunnel nun verwirklicht werden soll. Da die Baugenehmigung nach zehn Jahren Planfeststellungsbeschluss abgelaufen wäre, eilt es den Initiatoren, schnell noch dieses Projekt durchzuziehen, da der Tunnel im Bundesverkehrswegeplan aus dem „vordringlichen Bedarf“ herausgefallen ist und unter „weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ läuft. Ein Bauvorhaben, noch dazu dieser Größenordnung, durchzuziehen, mit der Einstufung nur „weiterer Bedarf“ ist absolut unüblich. Verkehrsminister Dobrindt hatte ja auch erklärt, der Tunnel würde nur gebaut, wenn die Starnberger dies wollten. Die Behörden haben wohl gemerkt, welche negativen Auswirkungen dieses Tunnel auf Starnberg hätte und mit Kosten von einer Viertel Milliarde Euro für 1,9 Kilometer, nur mäßiger verkehrlicher Entlastung Starnbergs und sehr vielen Unwägbarkeiten im hydrogeologischen Bereich einem Schildbürgerstreich gleich kommt.

Mit dem eiligen Beginn des Baus einer Zisterne sollen schnell Fakten geschaffen werden, da sonst die Genehmigung auslaufen würde. Die Maßnahme kommt dem bloßen Aufstellen einer Bautafel gleich, ohne Baubeginn. Erst in ungefähr in drei bis vier Jahren muss die jetzt vorhandene Zisterne einem Gebäude für die Lüftungstechnik des Tunnels weichen. Man hätte also genug Zeit gehabt, den Bürger zu befragen.

14 Stadträte plus fünf Umfaller maßen sich an, viel besser als der mündige Bürger zu wissen, was für die Stadt und die Bewohner dieser Stadt gut ist. Sie trauen sich nicht, den Bürger mitreden zu lassen, wie er seine Stadt gestaltet haben möchte; vermutlich halten sie ihn für zu unintelligent, um mitreden zu können. Ein initiiertes Bürgerbegehren wird mit juristischen Spitzfindigkeiten mehrheitlich vom Tisch geschickt.

Die fünf Umfaller erklärten, dass ihr Wahlversprechen eingelöst sei, da eine Umfahrung geplant würde. Sie wird aber nicht geplant, sondern es soll nur geprüft werden, ob eine Umfahrung geplant werden könnte. Für eine ernsthafte Prüfung hätte man 30 Jahre lang Zeit gehabt, die man vor lauter Tunnelblick und immer neuen Gegenargumenten ungenutzt verstreichen ließ. Hannelore Hartmann, Starnberg

Quelle: Süddeutsche Zeitung September 2017

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

### B 2-Tunnel eine „Missgeburt“

Verkehrsentlastung für Starnberg und Berichte wie „Ja zum Tunnel – So geht's jetzt weiter“ vom 22. Februar und Leserbrief dazu

Die Aussage „Tunnel oder nichts“ ist ein Armutszeugnis für das Staatliche Bauamt Weilheim und die Oberste Baubehörde. Sie können es doch viel besser, wenn sie wollen! Hierfür ist der beste Beweis zum Beispiel die Umfahrung Peißenberg durch den Guggenberg, an der Ammer entlang und mehrmals über diese; riesige Umfahrung um den Ort Hohenpeißenberg und Umfahrung Saulgrub.

Die Abstimmung über die Anträge von Herrn Pfister (BMS) und Herrn Frey (CSU) haben ergeben, dass 30 Stadträte und die 1. Bürgermeisterin für eine umgehende Prüfung einer ortsfernen Nord-Ost-Umfahrung sind. 19 Stadträte davon stimmten jedoch laut erstem Teil des Frey-Antrags dafür, dass zuerst der Mehrverkehr durch den Tunnel in die Stadt geholt und dann mit einer ortsfernen Umfahrung aus der Stadt herausgehalten wird. Unter der 19 Stadträten sind auch fünf Stadträte/innen, die uns Bürgern vor der letzten Kommunalwahl bei Wahlveranstaltungen und an Wahlinfoständen erklärt haben, dass nur eine ortsferne Umfahrung eine Verkehrslösung für Starnberg ist! Diese fünf Stadträte/innen haben uns Bürger, milde gesagt, mehr als hintergangen. Sie sollten ihr Mandat niederlegen.

Laut Aussage von Herrn Ministerialrat Dr. Linder hat der Tunnel nur den einzigen Zweck einer schnellen Verbindung der B2 von Süd

nach Nord und umgekehrt. Der Tunnel hat nicht die Aufgabe, die Belange der Stadt Starnberg und ihrer Bewohner zu berücksichtigen! Starnberger Bürger, lasst euch das nicht gefallen. Herr Verkehrsminister Dobrindt (Bewohner von Peißenberg) gibt schnell mit einem kurzen Brief für den Tunnel 200 Millionen Euro frei, obwohl eine ortsferne Umfahrung nur zirka 40 Millionen Euro kosten würde. Das ist eine Steuergeldverschwendung und gehört gestoppt! Auch Steuergelder aus Berlin sind unsere Steuergelder! Warum ist eine Umwidmung eines Teilbetrages nicht möglich? Die Autobahn in die Innenstadt war schon ein großer Fehler. Der Schrumpftunnel ist die endgültige und nicht mehr zu beseitigende Katastrophe für Starnberg.

Reinhold Gruber  
Starnberg

Durch den halben Tunnel degradiert sich Starnberg zu einem Stinkloch für Verkehr, Abgase, Lärm und Gestank und zur Freude der Pendler, die ab Mitte Starnberg schon auf einer sechsspurigen Autobahn sind. Die jetzigen Kinder werden einmal sagen, wer hat denn das verbochen. Komisch ist es schon, bei den letzten Bürgerwahlen hatten die Tunnelgegner die Mehrheit und jetzt die Tunnelbefürworter, wer ist denn da „hinaufgefallen“. Aber es ist schon Mode in Starnberg, dass manche nach der Wahl umfallen!

Endlich? Haben es die jetzigen Stadträte von Starnberg geschafft, ihr eigenes Grab zu schaufeln. Sie haben nichts dazugelernt von den Bausünden ihrer Väter! Die haben

Quelle:  
Beide Artikel  
Starnberger Merkur  
März 2017

schon eine vierspurige Autobahn bis Mitte Starnberg geschafft. Da muss einem schon alles wurst sein, was in Starnberg verkehrsmäßig passiert und wie die angrenzenden Bürger darin leben. Wie haben es die Bürger von Hanfeld oder Pöcking zum Beispiel geschafft, eine Umfahrung zu bekommen, haben die vielleicht ein anderes Gremium, das die Belange der Bürger mehr respektiert? Eine Verkehrsberuhigung kann nur eine große Umfahrung nach Oberdill bringen, weil alle Einfallstraßen angeschlossen werden können. Erst dann kann man sich mit dem innerstädtischen Verkehr und einer Beruhigung befassen.

Für einen vierspurigen Tunnel, der vor Starnberg reingeht und nach Percha rauskommt, hätte ich auch gestimmt. Aber mit der jetzigen Missgeburt von einem halben Tunnel kann ich mich wirklich nicht anfreunden, dann doch lieber gar nichts. In der Bauzeit von acht Jahren und in stundenlangen Staus werden wieder viele an eine Umfahrung ohne große Umbauten in der Stadt denken, aber dann ist es eben schon zu spät!

Franz Leithold  
Starnberg

14 Stadträte plus fünf Umfaller maßen sich an, viel besser als der mündige Bürger zu wissen, was für die Stadt und die Bewohner dieser Stadt gut ist. Sie trauen sich nicht, den Bürger mitreden zu lassen, wie er seine Stadt gestaltet haben möchte; vermutlich halten sie ihn für zu unintelligent, um mitreden zu können. Ein initiiertes Bürgerbegehren wird mit juristischen Spitzfindigkeiten mehrheitlich vom Tisch geschickt.

„Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat und das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger“

1. Bundespräsident  
Theodor Heuss

Für die Tunnelbefürworter-Stadträte ist das Wichtigste leider nicht der Bürger!

# Eine Auswahl von Leserbriefen besorgter Starnberger/innen

## Vertrauensbruch und Portalverschiebung

**Starnberger Verkehrslösung und Bericht „Ja zum Tunnel – So geht's jetzt weiter“ vom 22. Februar**

Der Beschluss eines demokratisch gewählten Gremiums ist zu respektieren, und man kann für den Tunnel sein. Ob aber dieser Beschluss, der den Tunnel in der geplanten Form absegnet, der überwiegenden Meinung der Starnberger Bevölkerung entspricht, ist fraglich. Deshalb wäre es an der Zeit gewesen, die Starnberger zu fragen. Wie das geht, haben zahlreiche Kommunen in Bayern erfolgreich vorgemacht. Nur bei uns hat es weder das Rathaus noch irgendeine Gruppierung für notwendig erachtet, diesen überfälligen Schritt zu gehen – das ist der eigentliche Missetzung, und nicht die wechselnden Mehrheiten im Stadtrat. Es wäre auch ein Zeichen von Bürgernähe und Anerkennung des Engagements in der Bürgerschaft gewesen, denn viele haben sich bei der Suche nach einer sinnvollen Verkehrslösung eingebracht. Eine Befriedung der Starnber-

ger in dieser hochumstrittenen Frage wird deshalb durch einen Stadtratsbeschluss „von oben“ nicht eintreten, diese Prognose sei gewagt – ein Bürgerbegehren könnte folgen. Der Jubel der Tunnelfraktion erscheint nicht nur deshalb als verfrüht. Katastrophal ist aber in jedem Fall die städtebauliche Auswirkung des Tunnelportals Nord auf die Entwicklungsmöglichkeiten dieser ohnehin von zahlreichen Bausünden geschädigten Stadt: Ein Tunnelportal direkt am Gymnasium ist ein „no go“. Niemand kann eine Barriere innerhalb der Stadt, mit 28 Meter Straßenbreite und sieben Fahrspuren, ernsthaft wollen. Es muss nun alle Energie darauf verwendet werden, die Verlegung des Tunnelportals in Richtung Autobahn zu erreichen. Diese Verlegung ist wesentlich wichtiger, als die Zeit mit einer weit in die Ferne gerückten Umfahrlösung zu vergeuden. Die so genannte Kompromisslösung (wir billigen den Tunnel, und hoffen auf eine Umfahrung), die eher einem Stoßgebet ähnelt, als einem



**Nordportal:** Einige wollen eine Verschiebung. FOTO: STBA

rationalen Beschluss, ist nichts anderes als Augenwischerei und Verdummung der Bevölkerung, vor allem aber ein Feigenblatt für die „Überläufer“. Jahrzehntlang haben die Tunnelbefürworter erklärt, jede Umfahrlösung sei aufgrund des genehmigten Tunnels nicht möglich. Und jetzt also Tunnel plus Umfahrung? Wen aus dieser Fraktion soll man da noch ernst nehmen? Tatsächlich ist die Verkehrsplanung in ihrer seit 1980 unveränderten Grundform mit Autobahn an die Stadtgrenze und Tunnel ab McDonald ein Relikt aus Zeiten, die als „autogerechte Stadt“ schon lange ad acta ge-

legt sind. Nur in Starnberg, da gehen die Uhren sogar rückwärts! Es ist daran zu erinnern, dass der Stadtrat unter Bürgermeister Pfaffinger die Verlegung des Tunnelportals in Richtung Autobahn fast einstimmig als unabdingbar notwendig angesehen hat. Welche Erkenntnisse liegen vor, die ein Abrücken von diesem Beschluss rechtfertigen würden? Das einzige, was man dazu hört, ist: Wenn wir den Tunnel nicht nehmen, wie er ist, bekommen wir gar nichts. Das ist ein politischer Offenbarungseid und ein intellektuelles Armutzeugnis. Welche Geringschätzung von Energie, Geist und Geld, die Bürger für ein lebenswertes Starnberg eingebracht haben.

**Hans-Peter Tauche**  
Starnberg

Tunnel hin oder her, dieses Thema ist geklärt, aber wie!? Und gerade deshalb bleibt ein ekelig fader Nachgeschmack. Führende Mitstreiter der BI, die über zehn Jahre mit Engagement für eine Umfahrung gekämpft haben, heben nun

die Hand für den Tunnel. Der Bürger und Wähler, der mit langjähriger Überzeugungsarbeit gewonnen wurde, sieht sich nun von einigen führenden Tunnelgegnern, denen er vertraut hatte, verraten. Das schon in der Bibel beschriebene Judas-Syndrom ist somit auch heute wieder einmal allgegenwärtig. Man zerstört nicht nur seine eigene, sondern auch die immense Arbeit vieler Helfer und Mitstreiter, die man brüskiert zurücklässt. Es gibt sie eben immer wieder, diejenigen ohne Rückgrat, ohne Charakter und ohne Gewissen gegenüber denen, die ihnen mit ihrer Stimme ein Mandat gegeben haben. Schmerzlich ist in diesem Fall nicht der Tunnel, auch wenn er für Starnberg nach der Überzeugung vieler ein Flop sein wird, schmerzlicher ist dieser an Täuschung nicht zu überbietende Vertrauensbruch. Politik sagt man, sei ein schmutziges Geschäft und man wurde wieder einmal überzeugt, der Schmutz ist gigantisch!

**Dr. Benno C. Gantner**  
Percha

Quelle: Starnberger Merkur Februar 2017

### BRIEFE AN DIE REDAKTION

## Antrag auf Sitzung nicht gleich Heft des Handelns

**Antrag auf Stadtratssondersitzung und Bericht „Liste der Versäumnisse“ vom 30. Oktober**

Nach Art. 46 der Bayer. Gemeindeordnung ist der Stadtrat einzuberufen, wenn es ein Viertel der Stadtratsmitglieder beantragt. Somit bedarf es also nicht der aus der Kommunalwahl 2015 hervorgegangenen 14 Tunnelbefürworter und der fünf Umfahler (Bötsch, Kammerl, Loesti, Rieskamp, Wahnke), die dem Leser unermüdlich als Stadtratsmehrheit vermittelt werden sollen. Wer eine zusätzliche Sitzung beantragt, nimmt noch lange nicht das Heft des

Handelns in die Hand. Er verursacht zusätzlichen Zeitaufwand für Verwaltung und Stadtrat sowie zusätzliche Kosten für die Stadtkasse. Und nun zum letzten Berichtssatz, der nicht politischer, sondern polemischer Natur ist. Der Satz dreht den Inhalt des Bürgerbegehrens ins Gegenteil und erweckt den Eindruck, der Stadtrat könne mit seiner, dank der fünf Umfahler derzeitigen Mehrheit das noch ausstehende Gerichtsurteil über das Bürgerbegehren überflüssig machen.

**Dr. Günter Steck**  
Starnberg

Quelle: Starnberger Merkur November 2017

## Das Mandat zurückgeben

**Zum Artikel „Es ist Betrug am Wähler“ vom 13. März**

Der Bericht ist bestürzend. Fünf Stadträte haben sich als Tunnelgegner zur Wahl gestellt. Jeder kann seine Meinung ändern. In einer für Starnberg essenziellen Frage wie dem Tunnelbau wäre es angebracht, dass die fünf Stadträte, wenn sie Charakter zeigen, ihr Mandat zurückgeben und von ihrem Amt zurücktreten. Über Politikverdrossenheit braucht sich niemand mehr zu wundern, wenn diese Stadträte weiterhin im Amt bleiben.

**Alfred Dolch**  
Starnberg

Quelle: Starnberger Merkur März 2017

### BRIEFE AN DIE REDAKTION

## „Das kommt auf die Stadt und die Bürger zu“

**Zum Thema des Tages Tunnel-Baustelle („Das Mega-Projekt unter der Stadt: Wir machen keinen Blindflug“ vom 21./22. Oktober)**

Erstmals kommt in dieser groß ausgelegten Darstellung von Amts wegen zum Ausdruck, was da auf die Stadt und ihre Bürger zukommt. Ich erinnere daran, dass die Bürgerinitiative Pro Umfahrung – Contra Amtstunnel (BI) 2012 in einer großen Anzeige im Starnberger Merkur und im sogenannten Baustellenflyer hierauf ausführlich eingegangen ist, was weitgehend Unverständnis und den Vorwurf einer Falschdarstellung hervorgerufen hat. Die Kosten sind inzwischen auf über 200 Millionen Euro angestiegen und die Bauzeit wird auf zirka zehn Jahre geschätzt. Nicht erwähnt sind allerdings in der heutigen Planskizze des Staatlichen Bauamts die beiden gewaltigen Dükerbaustellen und die übrigen 30 (!) sonstigen, die Stadt verändernden und ihre Bürger belästigenden weiteren „kleine-

ren“ Baustellen, wie Notausstiege mit Rettungsstraßen, Tunnelkamin, Betriebsgebäude, veränderte Verkehrsführungen über viele Jahre. Und dies alles, nachdem ab 2018 bereits ein Großteil des Durchgangsverkehrs über die Westumfahrung auf die A 96 abfließen wird. Warum kann die Politik nicht die Auswirkung dieser Trasse abwarten und dann neu die Notwendigkeiten justieren? Das Risiko, dass eine 50 Millionen Euro teure Tunnelbohrmaschine, analog der Rheintal-Eisenbahntunnel-Katastrophe, im Seeton stecken bleibt, trägt zwar, wie das Staatliche Bauamt sagt, der Hauptauftragnehmer, aber die Bürger haben doch den Schaden. Für Projektleiter Herwig Ludwig mag das Projekt zwar ein „Highlight“ sein, klein aber fein, für die Betroffenen aber sicher nicht. Wann wacht Starnberg endlich auf? Vielleicht eher dank Ihres Berichts als durch unsere jahrelangen Bemühungen um Aufklärung.

**Hans Jochen Diesfeld**  
Starnberg

Quelle: Starnberger Merkur Oktober 2017

### BRIEFE AN DIE REDAKTION

## Antrag auf Sitzung nicht gleich Heft des Handelns

**Antrag auf Stadtratssondersitzung und Bericht „Liste der Versäumnisse“ vom 30. Oktober**

Nach Art. 46 der Bayer. Gemeindeordnung ist der Stadtrat einzuberufen, wenn es ein Viertel der Stadtratsmitglieder beantragt. Somit bedarf es also nicht der aus der Kommunalwahl 2015 hervorgegangenen 14 Tunnelbefürworter und der fünf Umfahler (Bötsch, Kammerl, Loesti, Rieskamp, Wahnke), die dem Leser unermüdlich als Stadtratsmehrheit vermittelt werden sollen. Wer eine zusätzliche Sitzung beantragt, nimmt noch lange nicht das Heft des

Handelns in die Hand. Er verursacht zusätzlichen Zeitaufwand für Verwaltung und Stadtrat sowie zusätzliche Kosten für die Stadtkasse. Und nun zum letzten Berichtssatz, der nicht politischer, sondern polemischer Natur ist. Der Satz dreht den Inhalt des Bürgerbegehrens ins Gegenteil und erweckt den Eindruck, der Stadtrat könne mit seiner, dank der fünf Umfahler derzeitigen Mehrheit das noch ausstehende Gerichtsurteil über das Bürgerbegehren überflüssig machen.

**Dr. Günter Steck**  
Starnberg

Quelle: Starnberger Merkur November 2017

### Alternative Fakten

Der B2-Tunnel eine gigantische Fehlinvestition? Prof. Kirchhoff, Emeritus der TUM für Verkehrs- und Stadtplanung, hat 2016 die Leistungsfähigkeit berechnet: Ergebnis negativ. Sein Gutachten schließt mit dem Fazit: „Man hätte den Plan des Projekts Innenstadtunnel Starnberg deshalb gar nicht feststellen dürfen, sondern nach einer anderen Lösung suchen müssen, die eine ausreichende Leistungsfähigkeit aufweist“. Das Gutachten liegt der Obersten Baubehörde vor. Diskutiert wurde es nicht, – das Projekt sei genehmigt, mit dem Bau könne begonnen werden, sobald die Stadt zustimmt. Basta! Das Projekt ist – Leistungsvermögen der B2-Durchfahrt hin oder her – mit schwersten Eingriffen in die Integrität der Stadtstruktur verbunden, die irreparabel sind. Das machen die Planungen der nördlichen Zulaufstrecke deutlich, die jetzt vorgestellt werden. Das Staatliche Bauamt Weilheim verniedlicht das mit Visualisierung des nördlichen Tunnelportals mit wenig Autos und viel Grün. Auf Seiten der Behörden wird nicht nur dabei mit alternativen Fakten – Fake News – gearbeitet. Die Bürger werden für dumm verkauft. Ihnen werden über zehn Jahre verteilt Baustellen in der Stadt zugemutet unter Vorspiegelung einer spürbaren Entlastung als Lohn. Doch wird es die nicht geben. Für die Umfahrung hat Kirchhoff in einem mehrjährigen Optimierungsprozess ein Konzept erarbeitet und vorgelegt, das stadtverträglich und leistungsstark ist und Baustellen in der Stadt vermeidet. Dr. Ziebart spricht von einem „Schilddrüsenstreich“. Es ist mehr, es ist brutal. Die Autobahn knallt richtig in die Stadt. Doch das passt zu einer Stadt, die eine Bahnlinie von ihrem See trennt. Soll es dabei bleiben?

**Prof. Dr. Helmut Bomhard, Starnberg BI „Pro Umfahrung, contra Amtstunnel“**

Quelle: Süddeutsche Zeitung Februar 2018

### UWG-INFOFLYER ZUM TUNNEL

## „Wachtet auf“

Zum Beitrag „Gesprächsnotizen im Briefkasten“ vom 7. Dezember:

Durch Spendenpost und Kaufangebote überschüttet flattert noch ein UWG-Flyer in unsere Briefkästen. Welche Botschaft will er den Bürgern überbringen? Kritisch betrachtet viel Teil- und Unwahrheiten, auf die alle einzugehen der Rahmen eines Leserbriefs sprengen würde. Eine Antwort der Bürgerinitiative „Pro Umfahrung contra Amtstunnel“ wird hier erforderlich. Als „fake-news“ möchte ich nur das Bürgerbegehren und die Abgasbelastung durch den Schlossberg-Abgaskamin ansprechen. Unbestritten ist die Politikeraussage, dass gegen die Mehrzahl der Starnberger der Tunnel nicht gebaut wird. Was also braucht es dann dringender als die Meinung der Bürger in einem Bürgerbegehren abzufragen? Dies hat die Stadtratsmehrheit abgelehnt.

Für mich sind alle, die dies taten, keine Demokraten und somit nicht wählbar. Die juristisch unterfütterten Gegenargumente zur Ablehnung des Begehrens sind nur Nebelkerzen um von diesem Desaster abzulenken. Dürfen Bürger ihre Meinung nur äußern, wenn dies einem Stadtrat „korrekt“ erscheint? Der zweite Punkt ist die mit dem Tunnel verbundene Abgasbelastung und das Gefasel um die Schulen. Wenn Grundschüler auf dem Pausenhof der Schlossberg-Schule spielen, ist der Abgaskamin nur einen Steinwurf entfernt. Das Tunnel-Ostportal weist ebenfalls nur geringe Entfernung zum Gymnasium auf. Im Planfeststellungsbeschluss ist nachzulesen, dass eine Abgaszunahme an den Portalen auftritt. Welche Stadt will ihrer Jugend Derartiges antun? Gemäß der Jahreszeit möchte man den Starnbergern zurufen „Wachtet auf“, Lehrer, geht für eure Schüler auf die Straße, lasst euch nicht mit Flyern einlullen. Der Tunnel löst das Verkehrsproblem nicht, würde aber zu einer Belastung. **Dr. Helmut Hebeisen, Starnberg 2. Vors. Bürgerinitiative „Pro Umfahrung“**

Quelle: Süddeutsche Zeitung Dezember 2017

# Eine Auswahl von Leserbriefen besorgter Starnberger/innen

## Leserbrief

### Ein Schildbürgerstreich

Zu: „Spatenstich im Juli“ im Kreisboten vom 3. Februar

„Verbessert denn der geplante B2-Tunnel überhaupt die Leistungsfähigkeit der Durchfahrt durch Starnberg? Nehmen die Staus am Morgen und am Abend dann ab? Diese Frage wurde in der Stadtratsitzung am Montag anlässlich der Vor-

stellung der Planung zwischen dem nördlichen Tunnelausgang und der Autobahn zweimal gestellt. Denn die beiden dort geplanten „Vollknoten“, sechspurige Kreuzungen mit Abbiegungen in allen Richtungen und zwei weitere Bedarfssampeln bestimmen den Fahrzeugdurchsatz. Zweimal wurde dieser Frage durch Vertreter des Straßenbauamtes Weilheim mit Antworten wie: „wir werden versuchen, den Verkehrsdurchsatz durch diese Ampeln zu optimieren“ ausgewichen. Nach-

dem aber heute die Leistungsfähigkeit solcher Kreuzungen sehr einfach zu berechnen ist („Mikrosimulation“), ist zu befürchten, dass das Straßenbauamt Weilheim die Antwort kennt, sie aber aus politischen Gründen nicht sagt: Nein, die Leistungsfähigkeit der Durchfahrt durch Starnberg wird durch den B2-Tunnel nicht besser. Damit werden wir in 10 Jahren 200 Mio Euro für einen B2-Tunnel ausgegeben haben, der gesamte Stadtbereich nördlich des Tunnelmün-

des wird durch die riesigen Verkehrsbauteile entwertet sein, die Abgase aus der vollen Tunnellänge werden mitten in der Stadt am Schloßberg ausgestoßen und die Staus am Morgen und am Abend bleiben wie sie sind. Ein Schildbürgerstreich.“

Dr.-Ing. Wolfgang Ziebart  
Starnberg

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.

Quelle: Kreisbote Starnberg Februar 2018

## B2-TUNNEL IN STARNBERG

### Unverantwortliche Augenwischerei

Zum Beitrag „Drei Ampeln auf dem Weg zum Tunnel“ vom 31. Januar und zum Leserbrief „Stau bleibt Starnberg erhalten“ (2. Februar):

Dank der regelmäßigen Fortschrittsberichte der SZ mit entsprechenden Bildern zum „Planungsfortschritt“ der Staatlichen Straßenbauverwaltung zum B2-Tunnel kann man nur hoffen, dass der Bürgerschaft hierdurch langsam ein Licht aufgeht, welchem „Schildbürgerstreich“, wie Dr. Wolfgang Ziebart es nennt, die Starnberger ausgesetzt werden. Wenn das Straßenbauamt immer wieder das Bild eines Tunnelportals ohne Verkehr vorgaukelt und nicht offenlegt, wie die Verkehrslage für die Starnberger Verkehrsteilnehmer während der Baujahre wirklich geregelt werden soll, ist dies unverantwortliche Augenwischerei.

Dass die viel zitierten „Verkehrsknoten“ an der Gautinger und der Moosstraße den Stau vom Tutzingener Hof Platz nur in die Münchner Straße verschieben und dies einen fatalen Rückstau in die Tunnelröhre bewirkt, merkt später die nächste Generation der Weilheimer Autofahrer. Von einem „B2-Entlastungstunnel“ und Entlastung für die Starnberger kann seit der Analyse von Prof. Kirchhoff, die allen, auch dem Straßenbauamt bekannt sind, ohnehin nicht die Rede sein. Seit Jahren ist bekannt, dass der vor drei Jahrzehnten entworfene und vor zehn Jahren planfestgestellte B2-Tunnel so nie hätte geplant werden dürfen und heute mehr denn je obsolet ist. Dies ist ja auch der Grund, warum die derzeitige Stadtratsmehrheit vor Angst, die Bürger würden dies auch so sehen, das Bürgerbegehren mit Scheinargumenten so vehement zu boykottieren versucht.

Prof. Hans Jochen Diesfeld, Starnberg  
Bl „Pro Umfahrung, contra Amtstunnel“

Quelle: Beide Artikel - Süddeutsche Zeitung Februar 2018

## B2-TUNNEL

### Staus bleiben Starnberg erhalten

Zum Beitrag „Drei Ampeln auf dem Weg zum Tunnel“ vom 31. Januar:

Die Diskussion um die Ausführung der nördlichen Zulaufstrecke des geplanten B2-Tunnels im Starnberger Stadtrat am Montag drehte sich vor allem um Ausführungsdetails, Radwege, Bedarfssampeln, Vollknoten. Zweimal allerdings wurde die wesentliche Frage gestellt: Verbessert sich denn überhaupt mit den insgesamt geplanten vier Ampeln – gleiche Anzahl wie heute – die Leistungsfähigkeit der Durchfahrt durch Starnberg? Nehmen die Staus am Morgen und am Abend dann ab? Denn die beiden dort geplanten „Vollknoten“, sechspurige Kreuzungen mit Abbiegungen in allen Richtungen und zwei weitere Bedarfssampeln bestimmen den Fahrzeugdurchsatz.

Zweimal wurde dieser Frage durch Vertreter des Straßenbauamtes Weilheim mit Antworten wie „wir werden versuchen, den Verkehrsdurchsatz durch diese Ampeln zu optimieren“ ausgewichen. Nachdem aber heute die Leistungsfähigkeit solcher Kreuzungen sehr einfach zu berechnen ist („Mikrosimulation“), ist zu befürchten, dass das Staatliche Bauamt Weilheim die Antwort kennt, sie aber aus politischen Gründen nicht sagt: Nein, die Leistungsfähigkeit der Durchfahrt durch Starnberg wird durch den B2-Tunnel nicht besser.

Damit werden wir in zehn Jahren 200 Millionen Euro für einen B2-Tunnel ausgegeben haben, der gesamte Stadtbereich nördlich des Tunnelmundes wird durch die riesigen Verkehrsbauteile entwertet sein, die Abgase aus der vollen Tunnellänge werden mitten in der Stadt am Schloßberg ausgestoßen und die Staus am Morgen und am Abend bleiben wie sie sind. Ein Schildbürgerstreich.

Dr. Wolfgang Ziebart, Starnberg

## Leserbrief

### Problem für Einsatzfahrzeuge

Zu: Spatenstich im Juli im Kreisboten vom 3. Februar

„Mitte des Jahres soll mit dem Bau des Tunnels begonnen werden. Bezüglich der Umleitung über die Petersbrunner Straße habe ich so einige Bedenken; nicht nur, dass ein Doppelhaus abgerissen werden soll, sondern auch wegen des enormen Verkehrs, den diese Straße aufnehmen muss. Es hat nur Sinn, wenn alle zwei Spuren in Richtung der Innenstadt verlaufen. So kann also niemand mehr die Straße stadtauswärts benutzen. Damit kann das Gewerbegebiet also nur über Percha angefahren werden. Besonders problematisch halte ich die Ausfahrt

des BRK. Bei Stau in der Petersbrunner Straße können die Einsatzfahrzeuge nicht ausrücken. Da geht viel Zeit verloren, obwohl bekannt ist, dass nicht nur bei Unfällen, sondern auch bei Herzinfarkten und Schlaganfällen schnellste Hilfe von Nöten ist. Somit ist die kleine Gruppe der Befürworter im Stadtrat auch für bleibende Schädigungen dieses Personenkreises verantwortlich.

Daneben frage ich mich allerdings auch, weshalb sich die Betriebe, die heute noch im Gewerbegebiet angesiedelt sind, eine solche „Abkoppelung“ von ihren Kunden gefallen lassen. Sehr viele kleine und große Kfz-Betriebe, Therapiepraxen usw. werden nicht nur finanzielle Einbußen hinnehmen, sondern im Extremfall auch um ihren Existenz fürchten müssen. Es ist ein großer Unsinn, ständig den unterirdi-

schen Bau des Tunnels anzugehen, wenn jedem bewusst ist, dass sowohl der Abraum als auch das gesamte Material durch die Tunnelportale befördert werden muss.

Weshalb schließen sich die betroffenen Firmen nicht zusammen, machen die ausführenden Stellen (Bundesverkehrsministerium, Bayerisches Innenministerium, Regierung von Oberbayern und Straßenbauamt Weilheim für alle entstehenden Schäden und Beeinträchtigungen haftbar und schadenersatzpflichtig und klagen bereits jetzt gegen diese Straßensperrung.“

Gunar Ehrhardt  
Starnberg

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.

Quelle: Kreisbote Starnberg Februar 2018

## Mehrwert kann keiner erklären

Planungen für die Zulaufstrecke zum B2-Tunnel, Bericht „Möglichst viel Grün auf Weg in die Röhre“ vom 30. Januar, und Leserbriefe wie „Ein Schildbürgerstreich“ vom 1. Februar

Zunächst vielen Dank für die fundierte Darstellung der Tunnelplanung bzw. der nördlichen Zulaufstrecke. Der Knoten Moosstraße/Perchastraße zeigt, dass sich sowohl in der Bauphase als auch nach Fertigstellung des Tunnels der gesamte Anrainerverkehr bis zur Esso Tankstelle in die Perchastraße ergießen wird. Steht man morgens an der Ampel des Knotens und betrachtet das

Verkehrsgeschehen Richtung Tunnelmund, wird man sehen: Das Ergebnis ist Stau im Tunnel. Und zwar Etagenstau, das heißt Stau unten im Tunnel und Stau oben auf der B2. Gewonnen ist also nichts. Den Mehrwert für meine Heimatstadt konnte mir noch kein Lokalpolitiker erklären.

Mich erschreckt, dass die verantwortlichen Stadträte dies sehenden Auges bei der Analyse der Verhältnisse vernachlässigt haben. Warum muss der Tunnelmund am Gymnasium sein, mit allen negativen Folgen für die Schule wie schlechte Anfahrbarkeit nicht nur während der Bauzeit, in der hier ebensolche Seen ent-

stehen können wie derzeit auf der Baustelle der Wohnungsgenossenschaft zu besichtigen? Später könnten verminderte Schülierzahlen die Folge sein, wegen Feinstaub- und Stickoxidbelastung im Pausenhof uvm. Das zeugt davon, dass dem „Götzen“ Verkehr Vorrang eingeräumt wurde. Ein Tunnel, wenn es ein solcher mit Entlastungswirkung werden soll, muss komplett neu gedacht werden. Ich möchte nicht zu denjenigen gehören, die sich zum Schluss sagen müssen, ich habe Recht gehabt, dass das Unglück über Starnberg hereinbrechen wird.

Helmut Irlbauer  
Starnberg

Quelle: Starnberger Merkur Februar 2018

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

### „Es wird keine spürbare Entlastung geben“

Planungen für die Zulaufstrecke zum B2-Tunnel, Bericht „Möglichst viel Grün auf Weg in die Röhre“ vom 30. Januar u.a., und Leserbriefe wie „Ein Schildbürgerstreich“ vom 1. Februar

Der B2-Tunnel eine gigantische Fehlinvestition? Dr. Ziebart stellt in seinem Leserbrief fest: „Die Leistungsfähigkeit der Durchfahrt durch Starnberg wird durch den B2-Tunnel nicht besser.“ Er befürchtet, die Behörden würden das wissen, es aus politischen

Gründen nicht sagen. Prof. Kirchhoff, Emeritus der TUM für Verkehrs- und Stadtplanung, hat 2016 die Leistungsfähigkeit berechnet: Ergebnis negativ. Sein Gutachten liegt der Obersten Baubehörde vor. Diskutiert wurde es nicht – das Projekt sei genehmigt, mit dem Bau könne begonnen werden, sobald die Stadt zustimmt. Basta! Die Zustimmung haben fünf Stadträte ermöglicht, die sich als Tunnelgegner haben wählen lassen, dann ihre Meinung änderten. Das Projekt ist – Leistungsver-

mögen der B2-Durchfahrt hin oder her – mit schwersten Eingriffen in die Integrität der Stadtstruktur verbunden, die irreparabel sind. Das machen die Planungen der nördlichen Zulaufstrecke deutlich, die jetzt vorgestellt werden. Das Staatliche Bauamt Weilheim verniedlicht das mit der Visualisierung des nördlichen Tunnelportals mit wenig Autos und viel Grün. Aufseiten der Behörden wird nicht nur dabei mit alternativen Fakten – Fake News – gearbeitet. Die Bürger werden für dumm ver-

kauft. Ihnen werden über zehn Jahre verteilt Baustellen in der Stadt zugemutet unter Vorspiegelung einer spürbaren Entlastung als Lohn. Doch wird es die nicht geben. Der Wählerauftrag an die fünf Stadträte war: Tunnel verhindern, Umfahrung planen. Für die Umfahrung hat Prof. Kirchhoff ein Konzept vorgelegt, das stadtverträglich und leistungsstark ist und Baustellen in der Stadt vermeidet. Die Fünf sind dem Wählerauftrag nicht gefolgt. In einem Bürgerentscheid soll geprüft werden,

ob sich die Meinung der Bürger ebenfalls geändert hat. Mit ihren Stimmen haben die Fünf jedoch dafür gesorgt, dass der Stadtrat dieses Bürgerbegehren ablehnen konnte. Dr. Ziebart spricht von einem Schildbürgerstreich, der auf den Weg gebracht ist. Es ist mehr, es ist brutal. Die Autobahn knallt in die Stadt. Doch das passt zu einer Stadt, die eine Bahnlinie von ihrem See trennt. Soll es dabei bleiben?

Prof. Dr. Helmut Bomhard  
Starnberg

## Demokratieverständnis der FDP!

Bitte für die Landtagswahl vormerken!

Nur die FDP unterstützt uns gegen den Tunnel und beim Bürgerbegehren!

Die Starnberger CSU, SPD und Grüne lehnen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ab!

In einem Zeitungsbericht im Kreisboten vom 27.6.2017 stand u.a.:

„Der Dauerbrenner B2-Tunnel und der erneute Vorstoß der Gegner mit einem Bürgerentscheid dominierte die rund dreistündige Veranstaltung.“ Weiter heißt es: „Bis auf Britta Hundesrügge (FDP), die durch den Tunnel den Starnbergern noch mehr Verkehr prognostizierte und den jüngst angestoßenen Bürgerentscheid als demokratisch legitimiertes Mittel der Gegner bezeichnete, steht für den Rest der Runde fest, dass der Tunnel nahezu alternativlos ist.“ Dies stimmt nicht!

Die Bürger Starnbergs haben bei den Wahlen 2014/15 den Tunnel abgewählt! Diese Tatsache muss als deutliches Zeichen nach München gehen, in dem bei der Landtagswahl alle Tunnelgegner ihre Erst- und Zweitstimme der FDP geben, d.h.:

Britta Hundesrügge wählen!

Willi Illguth

Britta Hundesrügge

FDP Direktkandidatin für den Bayerischen Landtag



Lieber Leser dieser Zeitung,

immer wieder wurde ich angesprochen, was ist eigentlich bei Euch in Starnberg los, da hört man ja nichts Gscheits!

Dies hat mich auf den Gedanken gebracht, diese Zeitung zu gestalten, nachdem ja die meisten Bürger ihre Informationen in der Regel aus der Tageszeitung, d.h. aus dem Starnberger Merkur und/oder der Süddeutschen Zeitung beziehen. Bei beiden Zeitungen ist - was die Wahrheit angeht - nicht alles so richtig im Lot, wie sonst könnte in den letzten 12 Monaten unter fünf verschiedenen Namen allein neun gefälschte Anti-Bürgermeisterin-John und Pro-Tunnel-Leserbriefe in diesen beiden Organen veröffentlicht werden? Wann gibt es endlich wieder eine Wahre-Tatsachen-Berichterstattung?

Fundiert recherchierte Informationen zur Stadtpolitik können Sie übrigens unter <https://lokales-aus-starnberg.blog> lesen!

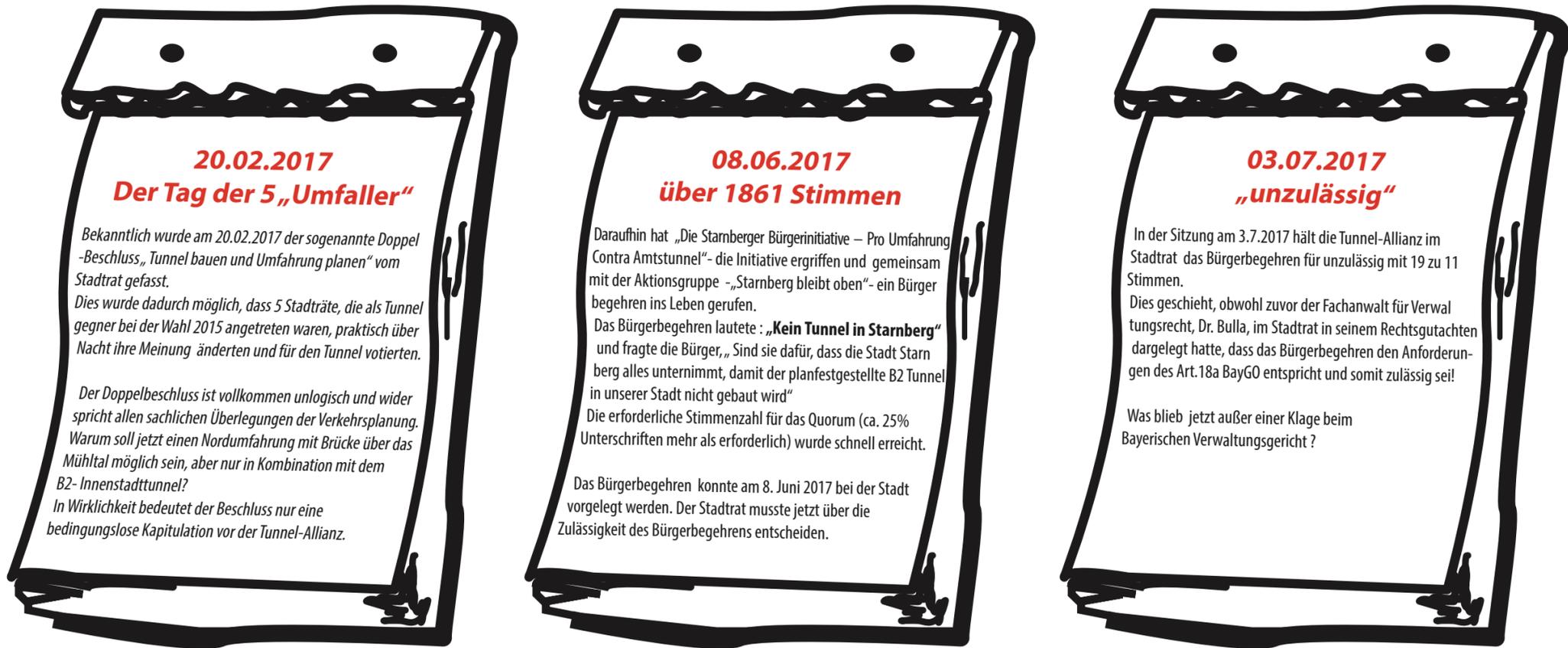
Willi Illguth

Die Wahrheit richtet sich nicht nach uns, wir müssen uns nach ihr richten.

Matthias Claudius (1740 -1850)

# Bürgerbegehren abgelehnt ??

Die Meinung der Bürger ist der Mehrheit des Stadtrates unerwünscht, gleichgültig oder ... macht Angst!



März

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31

2018

Folgerichtig haben BI und „Starnberg bleibt oben“ mit Unterstützung durch die Kanzlei Labbé zeitnah Klage eingereicht. Da die Zeit drängt, am 16. Juli soll der Spatenstich für das Tunnelprojekt erfolgen, wurde ein Eilverfahren angestrengt. Dem wurde stattgegeben. Die für uns so wichtige Gerichtsverhandlung ist gegenwärtig auf den **07. März 2018** angesetzt. Wird der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens stattgegeben, ist das nächste Ziel der Bürgerentscheid.

## Warum ist die Meinung der Bürgerinnen und Bürger so wichtig?

Es erhebt sich doch die berechtigte Frage bzw. der berechtigte Zweifel, ob die Abstimmungen des Stadtrates den Wählerwillen widerspiegeln, wenn fünf Stadträte, die im Wahlkampf auf der Straße noch gegen den B2 Tunnel und für die Umfahrung kämpften, ihre Meinung ohne objektiv nachvollziehbare Gründe plötzlich änderten.

## Durch Bürgerbegehren/Bürgerentscheid besteht jetzt nochmals die Chance dem Bürgerwillen Gehör zu verschaffen.

Ehe ein Projekt wie der euphemistisch benannte „Entlastungstunnel“ (auch eine fake news) gebaut werden darf, muss sicher gestellt sein, dass die Mehrheit der Starnberger dies will in dem Bewusstsein, dass damit das Verkehrsproblem Starnbergs nicht gelöst werden kann und dass eine 8 bis 10-jährige Bauzeit die Lebensqualität in der Stadt stark mindern wird.



## 1800 Unterschriften gegen B 2-Tunnel

„Starnberg bleibt oben“ und BI übergeben erste Listen – Scharfe Kritik von 19 Stadträten

Starnberg – Die Bürgerinitiative „Starnberg bleibt oben“ hat binnen vier Wochen 1800 Unterschriften für ihr Bürgerbegehren gegen den Bau des B 2-Tunnels gesammelt. An der Aktion beteiligt sich auch die Bürgerinitiative Pro Umfahrung – Contra Amtstunnel (BI). Nun wird die Stadtverwaltung prüfen, ob die Unterschriften nach den Vorgaben zählen. Von 19 Stadträten kam scharfe Kritik am Bürgerbegehren.

BI-Vorsitzender Dr. Klaus Huber und der Vorstand von „Starnberg bleibt oben“ übergeben gestern zwei Aktenordner an Bürgermeisterin Eva John. Aus der Resonanz schließen Michael Landwehr und seine Mitstreiter, dass das Begehren „von einem sehr breiten Teil der Starnberger Bevölkerung unterstützt und getragen“ werde. Drei Wochen nach dem Start habe man die Mindestzahl von acht Prozent – das entspricht bei rund 16 680 Wahlberechtigten laut der BI 1335 Unterzeichnern – erreicht. Die Listen übergab „Starnberg bleibt oben“ schon jetzt an die Ver-



Zwei Ordner Unterschriften: Dr. Klaus Huber, Bürgermeisterin Eva John, Swenja und Michael Landwehr bei der Übergabe der Unterschriftenlisten.

FOTO: KEINTUNNEL.DE

waltung, damit diese die Unterzeichner prüfen kann – ob sie unterschreiben durften, ob es Doppelung gibt und dergleichen. Die Unterschriftensammlung gehe „intensiv“ weiter. „Die positive Resonanz in der Bevölkerung ist so groß, dass die Initiatoren mit dem Zulauf hunderter weiterer Unterschriften rechnen“, heißt es in einer Mitteilung von „Starnberg bleibt oben“. Auf der Internetseite [www.keintunnel.de](http://www.keintunnel.de) ist gar von einem „erfolgreichsten jemals in Bayern durchgeführten Bürgerbegehren“ die

Rede. Die BI strebt einen Bürgerentscheid über die Frage „Sind Sie dafür, dass die Stadt Starnberg alles unternimmt, damit der planfestgestellte B2-Tunnel in unserer Stadt nicht gebaut wird?“ für den Tag der Bundestagswahl (24. September) an.

Bei der Mehrheit des Stadtrates hält sich die Begeisterung in sehr engen Grenzen. CSU, SPD, Grüne, UWG, DPF und die halbe BLS (alle außer Michael Mignoli und Franz Heidinger) erklärten gestern: „Ein alternativloses ‚lieber Nichts‘, wie durch das

aktuelle Bürgerbegehren gegen den Tunnel gefordert wird, manifestiert das Verkehrschaos und hemmt die künftige Entwicklung der Stadt für uns und die nachfolgenden Generationen.“ Der eingeschlagene Weg habe sich als einzig gangbarer Weg erwiesen, um Starnberg vom oberirdischen Durchgangsverkehr zu befreien – gemeint ist der Doppelbeschluss, den B 2-Tunnel zu bauen und eine Umfahrung zu planen. „Täten wir das nicht, dann stünde Starnberg auf absehbare Zeit mit leeren Händen da. ... Angst und Panikmache sind letztlich immer schlechter Ratgeber gewesen. Starnberg muss endlich zur Ruhe kommen – frei von Hetze und Polarisierung der Bürgerschaft“, heißt es weiter in der Erklärung der 19 Stadträte.

Die Bürgermeisterin konnte zum weiteren Ablauf noch keine genauere Angaben machen. Nächste Woche werde man das weitere Vorgehen abstimmen. Ob die Fragestellung rechtlich zulässig ist, sei noch nicht geprüft – manche haben daran Zweifel. ike